

Die „Volkswacht“ erscheint täglich nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graubauerstr. 114, durch die Post und durch Botenposten zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 3,50, pro Woche 20 Pf. Postzeitung Nr. 2170.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verantwortungsgemeinschaft für die empfindliche Vertikale oder deren Raum 20 Minuten, für Rechte und Verordnungen 10 Minuten. Sonstige für die nächste Nummer werden bis Samstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 210.

Mittwoch, den 7. September 1904.

15. Jahrgang.

Ein Wohnungsgesetz in Preußen.

In der preußischen Chronik zur Eröffnung des Landtages am 8. Januar 1901 wurde darauf hingewiesen, daß die Gestaltung der Wohnungsverhältnisse namentlich in den dichtbevölkerten und überwiegend industriellen Gegenden ein Eingreifen auf den verschiedenen Gebieten kommunaler und staatlicher Fürsorge erheische, um zumal das Wohnungsbedürfnis der minderbemittelten Volksschichten zu befriedigen. Nachdem ganze Generationen von Proletariern in dem Dreck und Speck von Wohnungen, die sich kaum zu Schweinehöfen eigneten, an Leib und Seele zu Schaden gekommen waren, entdeckte auch St. Bureaufratius die Wohnungsnot! Am 19. März 1901 erließen die preußischen Minister für Handel, Kultus, Landwirtschaft und Inneres ein Rundschreiben an die von ihnen unterstellten Regierungsbehörden, das darauf abzielte — der k o m m u n a l e n Wohnungspolitik „fördernde Anregungen“ zu geben, oder auf gut Deutsch: den heiklen Gegenstand auf mehr oder weniger anständige Manier abzuschieben. In den Städten haben kraft eines mit der Zeit immer unfinniger werdenden Privilegs die Hausbesitzer und Obdachwucherer die ausschlaggebende Macht in der Hand; St. Bureaufratius durfte sich deshalb der beruhigenden Hoffnung hingeben, daß seine „fördernden Anregungen“ keinen Umsturz der geheiligten kapitalistischen Gesellschaftsordnung zur Folge haben werde. Vor wenigen Wochen erst bestritt die Hauptversammlung der Hausbesitzervereine Deutschlands in Breslau, daß überhaupt Notstände irgend welcher Art auf dem Gebiete des Wohnungswesens beständen; nur eines sei unzweifelhaft, daß nämlich die Hausbesitzer in der unverschämtesten Weise von den Mietern ausgebeutet und überverteilt würden. Danach wird gewiß niemand mehr im Zweifel darüber sein, daß die „hervorragend staatsverhaltenden“ Hausbesitzer in den Gemeinden die berufenen Vertreter einer Wohnungsreform sind.

Woher kommt es an, wenn eine gründliche Verbesserung der Wohnungsverhältnisse minderbemittelter Volksschichten durchgeführt werden soll? Die Wohnungen müssen billig werden, und der wahnwitzigen Zusammenpferdung von vielen Wohnungen zu einem unerträglich kleinen Klumpen ein Ende gemacht werden. Alle Wohnungsreform ist Kampf gegen die Mietskassette und der mit ihr erwachsenen spekulativen Ausbeutung steigender Bodenrente. Dazu gibt es viele Mittel; zu allererst muß die Verfassung der Gemeinden von Grund aus geändert und wahrhaft demokratisch ausgestaltet werden, das Hausbesitzerprivileg muß fallen; ein allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht für die gesamte Einwohnergemeinde geschaffen werden; auch den Frauen ist ihr Anteil an der Ausgestaltung des Gemeindelebens zu sichern, den Frauen, die unter den himmelschreienden Schäden des barbarisch verübten Wohnungswesens gerade am meisten zu leiden haben. Sodann ist dem Grundgesetz Anerkennung zu verschaffen — und das wird unter den eben geschilderten Verhältnissen leicht sein —, daß die Stadt-

erweiterung eine öffentliche Angelegenheit ist und nicht einer Meute rasender Profitjäger überlassen werden darf. Die schwersten Schäden gewissenloser Schlampererei oder einer selbst in den Rathhäusern der Städte installierten Grundstücks-Spekulation müssen durch eine rationelle Umgestaltung des Gemeindeförderrechts (Besteuerung des unverbienten Wertzuwachses), eine Erweiterung des Enteignungsrechtes und Zusammenlegungsrechtes und durch sorgsam den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Erfordernissen der öffentlichen und privaten Gesundheitspflege, sowie den ästhetischen Ansprüchen eines verfeinerten Geschmacks angepaßte Bauordnungen aus der Welt geschafft werden. Kommt hinzu noch die Anerkennung des prinzipiellen Satzes, daß die Gemeinden selbst berufen sind, den Wohnungsbau in eigener Regie zu fördern oder Genossenschaften zu unterstützen, die am Gemeindegut der von ihnen erbauten Wohnstätten festhalten, sowie endlich eine rationelle Ausgestaltung des örtlichen und vorörtlichen Verkehrswezens, von der wir heute ja noch so unendlich weit entfernt sind, dann kann man annehmen, daß binnen kurzem die Wohnungsverhältnisse aller unserer Volksgenossen Anspruch auf die Bezeichnung „menschwürdig“ haben.

Nun wird man uns aufs Wort glauben, daß von so einschneidenden Reformen in dem Entwurfe eines preußischen Wohnungsgesetzes nichts zu finden ist. Im großen und ganzen ist es ein Polizeitgesetz schleimlicher Sorte. Es konstatiert mit großer Gründlichkeit, wie auch schon Onkel Braesig tat, daß „die Armut von der Pöwitz kommt“ und hilft sich leicht und elegant über alle Schwierigkeiten hinweg, indem es — das Elend verbietet!

Man höre nur: Alle Wohn- und Schlaf-, auch Kochräume müssen baupolizeilich genehmigt sein. Die Räume der Mietwohnungen dürfen nicht dunnlich vermauert und in gesundheitschädlicher Weise feucht sein. Sie müssen einen besonderen abschließbaren Zugang haben. Familienwohnungen (für zwei oder mehr Personen) müssen eine eigene Kochstelle, einen eigenen abschließbaren Abort und gegebenenfalls einen eigenen Ausguss und Wasserleitungsabzug haben. Die Räume müssen ferner insgesamt so viel Platz bieten, daß auf jede erwachsene Person mindestens 10 Kubikmeter Luft- und 4 Quadratmeter Bodenfläche kommen. Eine Familienwohnung muß so viel Räume haben, daß abgesehen von den Gehäusen, die über 14 Jahre alten Personen nach dem Geschlecht getrennt in besonderen Räumen schlafen können.

Für die Schlafräume von Dienstmägden und Gewerbegehilfen gelten, sinngemäß angewandt, dieselben Bestimmungen. Auch sie dürfen nicht vermauert und feucht sein, müssen abschließbare Türen haben, für jede darin untergebrachte Person mindestens 10 Kubikmeter Luft- und 4 Quadratmeter Bodenfläche bieten und dürfen nicht gleichzeitig zur Unterbringung von Personen des anderen Geschlechtes über 14 Jahren dienen. Die Schlafräume der Zimmervermieter, Einlieger und Schlafgänger müssen von denen des Wohnungsgesetzes und seiner Familie baulich oder in einer sonst den unmittelbaren Verkehr ausschließenden Weise getrennt sein; nur alleinlebenden Männern und Frauen ist es gestattet, Aftermieter desselben Geschlechtes in ihre Schlafräume aufzunehmen. Ueberdies müssen die Schlafräume den Bestimmungen über die Dienstmägden im allgemeinen entsprechen. Aftermieter verschiedener Geschlechter dürfen gleichzeitig nur mit Genehmigung der

Ordnungsbehörde und nur dann angenommen werden, wenn ihre Schlafräume von einander baulich oder in einer den unmittelbaren Verkehr ausschließenden Weise getrennt sind.

Eine Arbeiterfamilie mit zwei Jungen und zwei Mädchen über 14 Jahre und einem Einlieger muß demnach über folgende Räume verfügen: ein Schlafzimmer für die Eltern, zwei für die Kinder und eins für den Einlieger, gleich vier Räume, dazu eigene Kochstelle und eigenen Abort. Wir denken gar nicht daran, zu behaupten, das sei zu viel Raum. Aber welcher Arbeiter kann denn das bezahlen? Eine solche Wohnung ist in den Großstädten unter heutigen Verhältnissen nicht unter 800—800 Mark zu haben, ihr Mietpreis würde einen ganz unerträglich großen Teil des Familieneinkommens verschlingen. Das für jedes Familienleben verderbliche, geradezu vergiftende Schlafgänger- und Aftermieterwesen verbannt seine Entstehung lebendig dem Bestreben, die Last des Wohnungsmietspreises auf möglichst viele Schultern zu verteilen und dem Mangel an geeigneten Unterkunftsräumen für unverheiratete Angehörige beider Geschlechter.

Doch nicht nur die positiven Bestimmungen zur Wohnungsverbesserung erregen die ernstesten Bedenken, sondern auch der Versuch, eine Organisation des gesamten Wohnungswesens, wie sie etwa der Verein Reichswohnungsgesetz anstrebt und wie sie vor allem im Wohnungsprogramm der deutschen Sozialdemokratie (vergl. die Lübecker Resolution) gefordert wird, mit politischer Putscherei den Garaus zu machen, noch ehe sie geboren wurde.

Für Gemeinden mit mehr als 10,000 Einwohnern müssen, für kleinere Gemeinden und Gutsbezirke können Wohnungsordnungen erlassen werden.

Die Aufsicht über das Wohnungswesen liegt dem Gemeindevorstande ob. Für Gemeinden mit mehr als 100,000 Einwohnern ist zur Durchführung der Wohnungsaufsicht ein Wohnungsamtsrat zu errichten, das mit einer genügenden Anzahl beamteter Wohnungsaufsichter besetzt sein muß. Für kleinere Gemeinden kann durch Anordnung der zuständigen Minister die Errichtung eines solchen Wohnungsamtes oder die Anstellung besonderer beamteter Wohnungsaufsichter vorgeschrieben werden.

Die mit der Wohnungsaufsicht betrauten Personen sind berechtigt, alle Wohnräume, Nebenräume, Zugänge, Aborte und so weiter zu betreten. Die Befugigung soll so vorgenommen werden, daß eine Belästigung der Beteiligten tunlichst vermieden wird. Sie darf nur in der Zeit von 9 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends, bei Einliegern und Schlafgängern von 6 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends erfolgen.

Den Regierungsbeamten sind zur Ausübung der Aufsicht über die Tätigkeit der Gemeinde- und Ortpolizeibehörden im Bedürfnisfalle besondere Wohnungsaufsichtsbeamte beizugeben.

Die Polizei! Alles Heil erwarten die preußischen Regierungsmänner, die Möller, Pöb, Hammerstein und Rhein-

Vox populi.

Notizen von Konrad Telmann.

Und nun war Leo Wollner zum Universitätsprofessor ernannt worden. Die Opposition innerhalb der Dozentenchaft so wie die der meisten Zeitungen, die bisher eine ablehnende Haltung eingenommen, verstummt. Leo Wollner hatte seine Besuche bei den Kollegen gemacht und war fast überall, wenn auch häufig nur mit kübler Zurückhaltung und feiner Höflichkeit, empfangen worden. Bloß zwei Professoren hatten sich geweigert, ihn anzunehmen und seine Karte mit der Meldung zurückgeschickt, daß sie für den Herrn nicht zu Hause seien, weder jetzt noch irgendwann sonst. Beide waren Vertreter von Weltakt und beharrliche Herren, die sich der Tragweite ihrer Handlungsweise voll bewußt waren. Es konnte denn auch nicht anders kommen, daß das schnell bekannt gewordene Faktum überall Aufsehen erregte und Leo Wollner's Namen immer wieder in den Vordergrund der Diskussion rückte.

Man wollte übrigens wissen, daß der eine von den beiden Gelehrten nur aus Vermeidung so provokierend verfahren sei, während man von dem anderen, der sich vielfach am politischen Leben beteiligt hatte, ein alter Achtundvierziger war und der Fortschrittspartei angehörte, annahm, er habe nur dem Kultusminister wieder einmal faktische Opposition machen wollen, ohne daß sein brüskes Vorgehen auf die Person des neuen Kollegen gemünzt gewesen sei. Daß Leo Wollner beiden Gelehrten seine Feigen gefandt habe, die Heranzuhaltung von ihnen aber abgelehnt worden sei, und zwar von dem einen, dem er sich nicht überlassen ließ, und von dem anderen, dem er sich nicht überlassen ließ, und durch all das ihn umschwebende Gerüchte mitten hindurchschritt, als ginge es ihn gar nichts an. In dieser scheinbaren Objektivität war er in der Tat bewundernswürdig.

Unter den Zeitungen, die gegen die ministerielle Ernennung Leo Wollner's zum Professor entschiedensten Widerspruch erhoben, stand die „Volkswacht“ obenan. Ja, nachdem, seit der vollzogenen Tatsache, die liberalen Blätter stumm geworden waren und den weiteren Kampf als nutzlos angesehen hatten, kam eigentlich nur sie noch ernstlich hierbei in Frage. Denn das maßlose Schimpfen der Reimen, Plakate und Sensationsblätter, unter denen sich besonders der „Volkstempel“ durch seinen hegenden und geistenden Ton, sowie durch seine unverkündeten Verleumdungen auszeichnete, konnte in der Augen der unabhängig denkenden den Angegriffenen jetzt eher nützen, als schaden, weil es ihnen alle Sympathien zuwenden mußte.

Die „Volkswacht“ allein bewahrte ihre von Anfang an eingenommene, ruhig und sachlich, ohne jede Korrektur ablehnende

Haltung. Sie sah in dem Vorgange, den sie vom Standpunkt einer gelebten, politischen Entwicklung aus tief beklagenswert fand, eine Schädigung des konstitutionellen Lebens im Staate, die einem Verfallungsbruch nicht ganz unähnlich sei, und gleichzeitig ein Zeichen der rückwärtslosen Despotie, die neuerdings im Schoße der Regierung wieder üppige Wälder treibe aus dem Willen Einzelner über den klug angelegenen einer ganzen Corporation, ja, der Bevölkerung überhaupt zum Siege verheße. Die Person Leo Wollner's war dabei völlig bei Seite gelassen, für die „Volkswacht“ handelte es sich um die Rechtsfrage, die hier auf dem Spiele stand; nur darauf wurde hingewiesen, daß man in einem Staate, wo jedem Hausierer der Gewerbeschein wegen seines nicht unbemerkten Lebenswandels entzogen werden könnte, die Ernennung eines mit Gefängnis bestraften Mannes zum Dozenten an der ersten Universität des Landes folgerichtig hätte vermeiden müssen, um jeden Verdacht auszuschließen, daß man mit zweierlei Maß meße. Ueberdies erregte diese Berufung um so überaus angebracht, als es sich bei einem Universitätsprofessor ja keineswegs nur um den fähigen Gelehrten — in diesem Falle um den tüchtigen Arzt — sondern auch in hervorragendem Maße um den Jugendlehrer, den Erzieher eines heranwachsenden Geschlechtes, handelte, daß man, als an dem Vertreter aller bürgerlichen Tugenden, ausbilden müsse. Und wenn nun die ministerielle Presse, die hier sehr wohl selber den wundersten Punkt in dieser ganzen Angelegenheit hätte nicht müde werde, das einstmalige gegen Leo Wollner ergangene Urteil als rechtmäßig und auf festem Fundament beruhend darzustellen, so sei dies Mittel denn doch ein zweischneidiges Schwert und in hohem Maße gefährlich für den notwendigen, unerschütterlichen Glauben des Volkes an die Justizpflege und Gerechtigkeit, ohne welchen ein moderner Kulturstaat überhaupt undenkbar sei. Nach allem wurde geschlossen, daß man dem Akt eines verbienten Staatsmannes für dessen Lebensleistung immerhin eine staatliche Dotation habe zu teil werden lassen dürfen, daß aber seine Berufung an die Universität, die zu rechtfertigen jenes Verdienst in keiner Weise ausreichte, im Interesse der Unverletzbarkeit des Rechtsstaats rückgängig gemacht werden müsse. Diese Forderung werde aller Voraussicht nach auch in dem alsbald zusammenzutretenden neuen Reichstage mit allem Nachdruck geltend gemacht werden.

Die Artikel der „Volkswacht“ erregten in allen Kreisen Aufsehen. Es zeigte sich bei dieser Gelegenheit erst, in welchem Ansehen die Zeitung bei Freund und Feind stand, und welche Stellung sie sich in der letzten Zeit erobert hatte. Sie war eine von den Zeitungen, denen man nichts nachsagen konnte, bei denen alle Verdächtigungen über die Gründe ihrer Haltung in dieser oder jener Frage fortfielen. Sie diente keiner Partei, sie hatte gegen Entschuldigungen jeder derselben schon polemisiert und immer bewahrt sie im Kampf um ihre unabhängige, von keinem Sonderinteresse beeinflusste Meinung den ruhigen und sachlichen Ton, der ihr bei aller Schärfe ihrer Redaktionen und aller Entschiedenheit ihrer Bestrebungen einen vornehmen Charakter verlieh, ihr auch in Regierungskreisen Gehör sicherte. Ihr Ziel, immer die wahre Volkstimme zum Ausdruck zu bringen und

die Maßnahmen der Regierung damit in Einklang zu setzen, verschaffte ihr Zutritt in allen Schichten der Bevölkerung und steigende Bedeutung weit über die Grenzen der Reichshauptstadt hinaus.

Esar Welsberg hatte mit Siegmund mehrere vertrauliche Unterredungen gehabt, ehe er den Kampf gegen den Kultusminister in seinem Blatte aufgenommen. Er kannte Siegmund's verwandtschaftliche Beziehungen zu Leo Wollner. Aber Siegmund hatte der Feinde, die jener für geboten hielt, nicht nur zugestimmt, sondern sogar selber das Wort darin ergriffen. Da es sich hier, wie immer, für ihn nicht um die Person, sondern allein um die Sache handelte, brachte ihn diese Stellungnahme in keinerlei inneren Konflikt. Er folgte auch hier ausschließlich seiner Überzeugung.

Es war an einem der ersten Frühlingstage dieses Jahres, als er um die dritte Nachmittagsstunde einmal die Linden hinabschritt. Er hatte Esther versprochen müssen, den Sonnenschein dieser Tage anzunützen, und er selbst fühlte, daß es ihm notat. Ein wohliger, weiches Empfinden war in ihm, als er so in der linken Luft behaglich dahinschlief. Auf den Trottoirs drüben flutete die bunte Menge im hellen Sonnenschein gaffend und plaudernd aneinander vorüber. Er ging in der Mitte zwischen den Pflastersteinen hin, die eben ihre ersten Knospen ansetzten und freute sich des farzigen Lebens um ihn her und des blauen Himmels, der ihm so leicht zu Ohren hing. Dabei ging ihm mancherlei durch den Kopf. Er hatte in der letzten Zeit den nun kurz vor seinem Ende am bestigsten tobenden Wahlkampf aus nächster Nähe beobachtet und die Wahlversammlungen aller Parteien besucht. Eine ganze Reihe von Einzelheiten aus all dem Leben, die er mit angehört, rollte sich an seinem Gedächtnis vorüber. Er lächelte vor sich hin. Wels' eine Fülle von Selbsttäuschungen, von verkapptem Eigennutz, von eiltem Strebertum in all dem, was er gehört! Und vornehmlich: wels' eine Fülle von Phrasen — Phrasen jeder Art und jeden Ursprungs, patriotische, konservativelle, sozialpolitische Phrasen, Phrasen des Diebermännchens und des Chauvinismus, entrüstete und gemütvollte Phrasen, alles miteinander! Und hinter dem allen, das immer so zurechtgemacht und so festrednermäßig klang — wieviel Selbstgefälligkeit, wieviel Unverstand, wieviel Verleumdung des einen, daß da not tat! Wenn da nun einer käme und ihnen in ehrlicher Mähertheit sagte: Was da wollen wir! Das da brauchen wir! Wir sind ein politisch reifes Volk und lassen uns nicht mehr bevormunden und wir sind keine Herde, sondern lauter Einzelindividuen, deshalb wollen wir jeder auf unserm Facon selig werden — das und manches andere berartige noch dazu — was sie dann wohl sagen würden, und ob es nicht das Rechte, das Einzige wäre, mitten in dieser allgemeinen Verberbung und Verwirrung? Ja, wenn man nur immer gleich den Retter wählte, der so recht allen aus der Seele spräche, das Neffte und das Heiligste, das, was allen gemeinsam ist, daraus hervorholte und das vorträte — ohne alle bengalische Beleuchtung, ohne alles eigene Hervordringen. — rasi und klar und vornehm!

(Fortsetzung folgt.)

haben, von der Polizei; sie soll Sozialdemokraten verfolgen, auf Rußen aufpassen, Fürsten bewachen, Mörder, wenn auch vielfach erfolglos, fuchen, muß tausende von Listen führen — kurzum: warum soll die Polizei nicht auch die Wohnungsfrage lösen?

Alles in allem ist dieser preussische Entwurf eines Wohnungsgeleges ein Versuch mit ganz untauglichen Mitteln, eine Neuerung bürokratischer Unfähigkeit; er zeigt uns, wie man es nicht machen darf. Nur darauf wollen wir noch hinweisen, daß in seiner Begründung ein gutes Material zur Kritik der heutigen Wohnungsverhältnisse steckt: brauchbare Daten sind dort recht übersichtlich zusammengestellt. Es ist jammerschade, aber im Klassenstaate begreiflich, daß sich so vielem Wissen so wenig Können paart.

Japan und Rußland.

Der Rückzug.

Auch heute liegen Nachrichten vom Kriegsschauplatz in der Mandschurei nur spärlich vor, doch scheinen sie zu bezeugen, daß der Rückzug der Russen verhältnismäßig gut gelingt. Ueber den Verbleib des angeblich abgetrennten Korps Stadelberg haben bisher weder die Japaner noch die Russen etwas verlauten lassen, so daß man hierbei absolut nicht weiß, was davon zu glauben ist. Von einem Eintreffen russischer Hüschlinge in Mukden ist bisher ebenfalls nichts gemeldet, dagegen wird von beiden Seiten bestätigt, daß mehrere Versuche Kuroki, die Russen aufzuhalten, in der Nähe von Jantai oder Jantai mißglückt sind. Jantai ist eine etwa 20—25 Kilometer nördlich von Liaojang, also schon jenseits des Taiheo, gelegene Eisenbahnstation, die vor allem zur Verladung der Kohlen bestimmt ist, die die Russen in den naheliegenden Bergwerken gewonnen. Es scheint so, als ob sich hier noch mehrere Gefechte abspielen würden. Auch die bisherigen waren für die Russen sehr verlustreich.

Die Gefechte bei Jantai.

Von russischer Seite wird gemeldet: Die Russen räumten ihre Stellungen um Liaojang. In der Nacht des 3. September überführten sie den Taiheo und verbrannten die Brücke hinter sich. Unterdessen hielt sie eine stark bewehrte Kuroki von Jantai ab. Kuroki griff an, wurde aber zurückgeschlagen und aus seinen Stellungen aus dem linken Hügel vertrieben. Die Japaner richteten ein fürchterliches Schrapnellfeuer auf jene Stelle und vernichtete 21 Kompagnien der Russen. Abends befehligte die verstärkte russische Artillerie die Stellungen der Japaner. Kuroki hob seine Rechte vor und kam bis auf 20 Kilometer an die Bahn bei Jantai, wurde aber schließlich auf seine frühere Stellung zurückgeworfen. Am Montag fand nur vereinzeltes Feuer statt.

Aus Tokio wird gemeldet: Das kaiserliche Hauptquartier in Tokio erhielt eine Urkunde Kriegsgefangenen, dieselben bleiben aber zurück, bis ein zusammenhängender Bericht ausgegeben werden kann. Es ist indessen bekannt, daß es sich um ein geschwundenes, durch eine verzweifelte Aktion in seinem Rücken und starke gut dirigierte Flankensbewegungen, den größten Teil der russischen Armee zurückzuführen. Man erwartet das Eintreffen von Nachrichten aus den Mukden, obwohl üblich von diesem Tag Gelände ist, das sich verweigert läßt. Unter den Gefangenen befinden sich auf japanischer Seite Leutnant Teramachi, Sohn des Kriegsministers und die Leutnants Fujishima und Morita, Söhne der bekannten Generale. Die Generale Teramachi und Fujishima geben trotzdem vorgestern Abend ein Festbankett zu Ehren des Tages.

Aus Tokio, 6. September, 2 Uhr Nachmittags, wird amtlich gemeldet: Hier verlautet, die Russen hätten sich über Jantai hinaus zurückgezogen. Kuroki habe Jantai besetzt.

Aus Jantai, 6. September, meldet Reuters: Gestern fand nördlich von hier ein heftiges Gefecht statt. Die Japaner marschierten längs des Berggründens östlich der Eisenbahn nordwärts. In einer Entfernung von zwanzig englischen Meilen im Südwesten von Mukden fanden mehrere Scharamüßel statt. Die Russen halten Kuroki im Zaume, während die russische Liaojangarmee nach Norden marschiert. — Amtlich wird noch aus Tokio berichtet: Ein Teil der russischen Truppen bleibt in Jingshuiju, südlich von Jantai. (Warum?) Die Hauptmacht der Russen steht bei Jantai.

Aus Peking wird telegraphiert: Der japanische Versuch einer Flankensbewegung nach Westen wurde zurückgeschlagen. Ein russischer Aufschubler entdeckte die feindliche Stellung, die dann durch einen entschlossenen Gegenangriff gewonnen wurde. Die Japaner, die mit dem Leben davonkamen, waren so erschöpft, daß sie nicht einmal mehr ihre Geschütze abführen konnten. Sie hatten jedoch zwei Tage ohne Proviant marschieren müssen. Die Behn jenseits Jantai ist offen, doch sollen japanische Generale in das Gelände zwischen dem Bahnhof von Liaojang und der Taiheo-Brücke. Der Rückzug des größten Teils der russischen Armee bis Jantai ist angekündigt, aber mit enormen Verlusten. Kuroki droht jedoch mit einer neuen Bewegung, und Kompatzu muß ihn, um die Rückzugslinie zu sichern, mit der Artillerie angreifen.

Mukden.

Die letzte vor Unterbrechung der Verbindung aus Mukden abgegebene Drahtmeldung besagt, daß die Zivilbevölkerung nordwärts gezwungen wird. Von Mukden ausgehende Straßen signalisieren feindliche Portruppen im Süden und Osten in 20 Kilometer Entfernung.

Die Stadt Mukden, gegen die sich der nächste japanische Angriff richten dürfte, verfügt nahezu eine halbe Million Einwohner; hier befinden sich Palast der Kaiser der mandchurischen Dynastie und in der Nähe die berühmten Tempel. Die Stadt ist nach dem Plan von Peking auf einem Hügel gebaut, im Westen hat der Hügel, der größte Teil der Stadt, im Osten ist die Stadt in zwei Teile geteilt. Die Eisenbahn führt etwa vier Meilen von Mukden, südlich der Stadt und den Kaiserpalast, darüber. Als der Stadthalter im letzten Osten in Mukden verblieb, wohnt er nicht in der Stadt selbst, sondern in einem Orangerie bei der Eisenbahnstation. Umher von Mukden soll sich eine gut bewehrte Position befinden, zu deren Errichtung im April dieses Jahres begonnen worden war. In Anbetracht der kaiserlichen und russischen Bevölkerung Mukdens ist diese Stadt der Sitz zahlreicher religiöser Schulen, die dem Buddhismus feindlich gesinnt sind.

In Charbin, wo in allen Kreisen Verwundete liegen, wurden für die Garnisonen von Mukden Baracken errichtet.

Wie aus Petersburg berichtet wird, wird der Stab des Statthalters Alexejew von Mukden nach Charbin zurückverlegt. — Rückwärts, rückwärts!

„Daily Chronicle“ berichtet, daß die japanischen Armeen von Liaojang Mukden zum Winterquartier machen wollen.

Aus Port Arthur

liegen wieder einige Meldungen vor, die den zweifelhaften Weg Tschifu-London hinter sich haben:

„Daily Chronicle“ berichtet aus Tschifu vom 5. September: Die japanische Armee vor Port Arthur leidet stark unter dem Hunger. Die Mordrate ist ganz immens, da der Garnison reichlich Lebensmittel zugeführt werden. Schwermäcker für sie ist dagegen die Frage des Munitionsersatzes. Die Japaner erwarten täglich einen Ausfall der Flotte.

„Daily Telegraph“ meldet aus Tschifu vom 5. September: Ein Dampfer mit einer großen Ladung Mehl ist nach Port Arthur gelangt und dort mit Begeisterung begrüßt worden. In Port Arthur ist Kaserne fast nicht mehr zu haben, Gemüße sind sehr teuer. Die Chinesenstadt soll, um freies Schußfeld zu schaffen, abgeteert werden. 100 Flüchtlinge, die am 5. d. M. Port Arthur verließen, sind hier eingetroffen und berichten, daß sie auf der Verfahrt von japanischen Kriegsschiffen angehalten worden seien. Sie erzählen ferner, daß Port Arthur vom 2. bis 31. August ununterbrochen hauptsächlich in der östlichen Front angegriffen worden sei. Die Japaner seien überall mit großen Verlusten abgewiesen worden. Die achte japanische Division ist in Dalny zur Verladung der Belagerungsmaschinen gelangt worden.

Kleine Kriegsnachrichten.

Infolge der geringen Erfolge der sibirischen Expeditionen Simonow sind, dem „Berl. Tagebl.“ zufolge, Simonow selbst und die beiden Brigade-Kommandeure ihrer Posten entbunden worden. An die Spitze der Division ist Generalmajor von Baumgarten von der Reserve der Garde-Kavallerie gestellt worden.

In Wladivostok erwartet man, nach Pariser Blättern, das Eintreffen eines japanischen Geschwaders. Die Schulen, Gerichte u. m. sollen infolge dessen bereits nach Chabarowsk verlegt worden sein.

Neue Offiziere. Von den im vorigen Monat zu Offizieren beförderung des russischen Quartiers sind, dem „Berl. Tagebl.“ zufolge, bereits beinahe 300 nach dem Kriegsschauplatz abgegangen, wo der Abgang an Offizieren ein außerordentlich großer ist.

Am Bord des Dampfers „Coral“ ermahnte der Zar die Oberen des maritimen Teils, sich voller Wachsamkeit zu befleißigen, damit künftighin Störungen vermieden werden. Den Offizieren rief er zu: „Kameraden, ich rede auf Euch in der Stunde der Entscheidung.“ Auch auf dem „Coral“ hielt der Zar eine Ansprache. Er wies den Mannschaften der aus Amerika stammenden Unterseeboote bei, von deren Leistungen er sich befriedigend zeigte.

Politische Uebersicht.

Liberaler Jugendtag. In Leipzig war ein Delegiertentag der nationalliberalen Jugendvereine beisammen. Diese „milde“ Organisation der nationalliberalen „Jugend“ von 50 Jahren aufwärts zählt noch nicht 10,000 Mitglieder im ganzen Reiche und lebt in den Traditionen des Kulturkampfes.

Die Leipziger Veranstaltung diente einem Protest gegen den nationalliberal-konservativen Schulvertrag, der sich für die Konfessionschule ausspricht. Jugendwelche aktiven Politiker der offiziellen nationalliberalen Partei waren nicht vertreten. Der alte Hammacher hatte ein Glückwunschtelegramm geschickt und die Fraktion ein stummes Mitglied delegiert. Es wurden heftige Reden gegen die Alerikalifizierung der Schule gehalten, dann aber nicht etwa die Trennung des Staates von der Kirche, sondern nur eine maitte Simultanschul-Resolution gefaßt.

Mit 163 gegen 8 Stimmen einigte man sich auf folgende „Richtlinien“:

Die allgemeine Volksschule ist eine weltliche Einrichtung, deren Leitung ausschließlich dem Staat zuzustehen.

Die Schulaufsicht muß durch Staatsbeamte im Hauptamt ausgeübt werden; als Schulinspektoren dürfen lediglich Fachmänner eingesetzt werden.

Das Staatsministerium fordert für die Volk- und Lehrerbildung eine allen Vorkenntnissen gemeinsame Schule (Simultanschule).

Der Religionsunterricht, der unter Aufsicht des Staates nur durch den ihm zugelassenen Lehrer erteilt wird, ist im Lehrplan in gebührender Umfang Raum zu gewähren; insbesondere dem Grundbegriff der Gewissensfreiheit dürfen ebenfalls Kinder von Dissidenten gegen den Willen der Eltern zur Teilnahme am Religionsunterricht nicht anzuhalten werden.

Gewalttätige Verhinderung und ungesetzliche Verlesung müssen dem Lehrer die notwendige geistige und wirtschaftliche Unabhängigkeit sichern.

Auch in dieser Falschheit und Beschränkung bleibt die Resolution — Boykot. Das Zentrum fürchtet sich vor diesen „Jungen“ nicht im geringsten und schämei davor mit den alten Volksgenossen weiter. Es war charakteristisch, daß die Leipziger Resolution der „Jungen“ gegen die Fraktion damit begann, daß dem Berliner Verein ein scharfer Beweis zu teil wurde, weil er auch nur hypothetisch im Kampf um die Schule ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie in Erwägung gezogen hatte.

Die liberalen Jugendtage bleiben unerschütterlicher Sport. Die liberalen Nationalliberalen werden auch fürder mit der Rechte und dem Zentrum zusammengehen, und auch die Schule bleibt wie alle von der Bourgeoisie verratenen Kulturfragen eine Aufgabe des Proletariats, der Sozialdemokratie allein!

Das Recht auf den Bart. Man schreibt der „Berl. Post“ aus Hamburg: Es ist kein Streit um des Kaisers Bart, sondern um die Härte der Soldatenerlaubnisse es sich, die Dienstag beim Paradebier im Rathause den Kaiser bedienen sollten. In keinem Schloße in Berlin wird der Monarch von barillosem Lakaien bedient, und in Hamburg — das als Republik niemals so hoch wie Benedig und Florenz war — wünscht der Senat, daß der Kaiser die barillose Soldatenerlaubnisse auch im Rathause der freien Reicheshauptstadt nicht vermie! Aber, es weh, ein Teil der Rathhausdiener will sich das Kürbis seiner Männlichkeit nicht ohne weiteres abnehmen lassen und beruft sich einfach darauf, daß in keinen Ansehungsbedingungen von Barillotheit nicht die Rede sei. So befindet man sich denn im Rathause zu dieser Stunde in einer ungeheuren Verlegenheit. Bis jetzt konnten nur 19 barillose Soldatenerlaubnisse zum Servieren bei dem Kaiserbrauer angesetzt werden, während 50 notwendig waren.

Man hat nicht vernommen, wie die entsetzte Barillierfrage einer geistlich republikanisch-johannischen Lösung angeführt worden ist.

Paradebrill der Seeratten. Ueber einen Matrosen-Parademarsch wird dem „Berl. Tagebl.“ vom Grafen Reventlow geschrieben:

Die Landungskorps der aktiven Schlachtflotte nehmen in einer Stärke von 100 Offizieren und 2500 Unteroffizieren und Matrosen — nicht etwa Seefoldaten — an der Kaiserparade in Altona teil; unter den Offizieren befindet sich der Chef des zweiten Geschwaders. Schon seit den ersten Augusttagen haben die einzelnen Abteilungen dieses ansehnlichen Paradelorps den Parademarsch eifrig geübt, wo sich immer Gelegenheit bot, das heißt, wenn die Flotte nicht in See war, man hat also einen beträchtlichen Aufwand an Zeit und Mühe nicht scheuen dürfen, damit die Matrosen am Paradedage eine erträgliche Figur machen und nicht gar zu sehr von den Landtruppen abheben. Ihren eigentlichen Dienst, ihrer programm-mäßigen Ausbildung sind sie während dieser Wochen der Paradevorbereitung naturgemäß meist entzogen worden. Nun darf man sich nicht etwa vorstellen, daß das „Landungskorps“ an und für sich ein integrierender Bestandteil der Schiffsbefugung ist, welcher eigentlich nichts anderes zu tun hätte, als sich für den See- und im Landungsdienst zu üben; im Gegenteil sieht sich das Landungskorps zum allergrößten Teil aus den Bedienungsmannschaften der Schiffsgeschütze zusammen, und da die Geschützauswahl auf unseren modernen Schiffen eine außerordentlich große ist, so wird für ihre Bedienung und den Munitionstransport der größte Teil des Landungskorps überhaupt in Anspruch genommen. Ist das Landungskorps von Bord, so besitzt das Schiff also nur noch einen Teil seiner Gefechtsfähigkeit, weil die Geschütze und was dazu gehört, nicht mehr ausreichend besetzt werden können; dementsprechend hat während der letzten Wochen der Vorbereitungen eine recht erhebliche Unterbrechung eintreten müssen. Beispielsweise hat jedes Linienschiff des 1. Geschwaders gegen 160 Mann zu den Paradeübungen gestellt: die Gesamtlospzahl der Besatzung beträgt 660 Mann und davon gehen ab die Offiziere, Deckoffiziere und Fähnriche, mehrere Hundert Mann Maschinenpersonal, ferner Handwerker usw., die für den Artilleriedienst in Betracht kommen.

Graf Reventlow schließt seinen Artikel mit der ironischen Bemerkung: Wie nützlich Matrosen für den Borddienst sein müssen, wenn sie den Parademarsch gründlich beherrschen, liegt ja ohne weiteres auf der Hand; nur wird man die Deckplanen verstärken müssen.

Auch im Ernstfalle, zum Beispiel im Kampf mit irgend welchen Wilden oder Vogern hat der im Parademarsch gründlich erfahrene Matrose eine effektante Ueberlegenheit.

Die Reichstagswahl in Schaumburg-Lippe ist auf Freitag, den 9. September, angesetzt worden.

Die Herren Bäckermeister wollen sich nur schwer zur Reinlichkeit erziehen lassen. Auch die Stadt Bamberg hat Vorschriften über die Reinlichkeit in den Bäckereien erlassen, wodurch sie es bei den Herren vom Backtrog total verhängt hat. Sie erhoben gegen die Vorschriften Beschwerde, weil verschiedene Bestimmungen zu hart seien. Als einen Hauptgrund führen sie ins Feld, daß bei den neuen Vorschriften von 79 Bäckereien nur 10 nicht zu beanstanden wären! Die Beschwerde wurde abgelehnt.

Die obligatorische Einführung des achten Schuljahres wurde vom Gemeindefiskus Ratbach einstimmig beschlossen. Die achte Klasse soll simultan sein und nur die Knaben aufnehmen. Man ist der Ansicht, daß die achte Schulklasse die drei Fortbildungsschuljahre ersetzen könnte. Hierzu hat der Magistrat noch Stellung zu nehmen.

Politisch aufgelöst wurde am Montag eine Volksversammlung, die in die Industriestadt, Deuststraße, einberufen war, und die sich mit dem Fall des Zentrumsabgeordneten Dabach befaßt sollte. Als Referent trat der Schriftsteller Adolf Brandt-Charlottenburg; auf als dieser kaum 10 Minuten gesprochen hatte, trat der überwachende Beamte die Versammlung auf, als der Redner ein Blatt aus einem Gedicht des Theognis zum Vortrag brachte. Es kam dabei zu einem interessanten Zwischenfall. Der Vorlesende fand, nach er sich sofort Protest gegen die Auflösung und fragte die Versammlung, ob einer der Teilnehmer in dem Vortrag etwas Unrichtiges gefunden habe. Darauf meldete sich eine Person aus der Mitte der Versammlung, die dann aus dem Saale gewiesen wurde.

Ansland.

Der Nachfolger Plehows. Der Pariser „Matin“ meldet aus Petersburg: Aus offizieller Quelle verlautet, der Zar habe gestern Abend die Ernennung des Mitglieds des Staatsrates Platonow zum Minister des Innern unterzeichnet.

Lokales und Provinziales.

Breslau, den 7. September.

* **Moderner Menschenhandel.** Die „Rattowiger Zeitung“ enthält in ihrer Nummer 201 vom 1. September 1904 folgendes Inserat:

„Von einem Transport Galizier sind noch 2 Männer, 2 Weiber, 3 Burschen, teils deutschredend, sofort billigst abzugeben. Amtliche Uebernahmestelle Myslowitz.“

Das ist der dringende Bedarf an Menschenfleisch in landwirtschaftlichen Betrieben. Die „amtliche“ Uebernahmestelle kann ihre „Ware“ nicht mehr los werden und inferiert! Aber dem dringenden Notstande wird keineswegs selbstlos, aber sagen wir bloß billig abgeholfen. Die Beantwortung einer Anfrage wegen „Abgabe“ der offerierten „Ware“ lautet:

„Amtliche Uebernahmestelle Myslowitz. Tagebuch Nr. 5117. Myslowitz, den 1. September 1904.“

Zur gefälligen heutigen Karte. Von den offerierten Leuten sind noch verfügbar 1 Mann (deutschredend), 1 Weib und ein Weib. Die beiden letzteren sind des Deutschen jedoch nicht mächtig. Diese Leuten würden wir mit 3 Mark Provision pro Kopf frei Myslowitz abgeben. Ein Mann, ein Weib und zwei Burschen von der offerierten Partie sind bereits anderweitig vergeben.

Sollten Sie jedoch noch größeren Bedarf an Leuten haben, so bemerken wir ergebenst, daß noch im Laufe des heutigen oder morgigen Tages bestimmt 6 ruthenische Männer, 3 Burschen und 1 Weib hier eintreffen werden. Dieselben dürften zwar des Deutschen nicht mächtig sein, doch sind sie mit den Polen keineswegs identisch und dürften in Oberschlesien überall beschäftigt werden, ohne durch Ausweisung gefährdet zu sein. Für diese Leute würden sich die Uebernahmegebühren frei Myslowitz jedoch auf 5 Mark pro Kopf stellen. — Uebernahmestelle der Landwirtschaftskammer Berlin, Myslowitz. Hand.“

Was will man mehr? Die „agrarisches Weltanschauung“ feiert gar schöne Blüten. Man kann aus diesen Schriftstücken lernen, wie das Junkertum die Arbeiter einschätzt und wie man die Arbeiter behandeln würde, wenn nicht die Sozialdemokratie in die Köpfe auch der Landarbeiter bereits die Erkenntnis vom Menschenrecht gebracht hätte.

* **Keine Kreissteuer** will der deutsche Kronprinz in Dels bezahlen. Am Donnerstag, den 15. September, findet nämlich vor dem hiesigen Bezirks-Ausschuß eine Verhandlung statt, in welcher der Kronprinz durch seinen Rechtsvertreter gegen die Heranziehung zu den Kreisabgaben Klage führt. Der jeweilige Kronprinz ist bekanntlich nomineller Besitzer der Herrschaft Dels und in dieser Eigenschaft erfolgte ja auch jene bekannte Erklärung von den „Eienden“, die seiner Zeit allgemeines Aufsehen hervorrief.

Die Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl soll in der nächsten Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins erfolgen. Wir weisen die Genossen auf diese wichtige Versammlung schon jetzt hin und ersuchen um rege Beteiligung.

„Gefährliche Arbeitsbedingungen“. Unter dieser Spitzmarke machte die „Schles. Ztg.“ und ihre Gesinnungsverwandten vor einiger Zeit ein fürchterliches Palloß darüber, daß die Bevollmächtigten der Bauarbeiter angeblich „gefährliche“ Tarife ausgegeben hätten. Selbstverständlich hatte diese Denunziation bald fruchtbareren Boden gefunden und es wurde ein Verfahren gegen Langer, Lukas und Machoß eingeleitet wegen — Urkundenfälschung! Jetzt hat aber der Staatsanwalt den Beteiligten mitgeteilt, daß er das Verfahren eingestellt habe! Ob die „Schles. Ztg.“ von diesem Faktum Notiz nehmen wird? Wir glauben es nicht, dazu ist sie zu „vornehm“!

Zahlreiche Diebstähle und Hefereien führten die Hauskälter Max Bod, Paul und Emil Wasner, sowie die beiden Schwestern des letzteren, Ida und Martha Wasner und den Handlungslehrling Gustav Grunwald gemeinsam auf die Anklagebank der hiesigen Strafkammer. Bod war bei der Firma Herz u. Gehlich in Stellung gewesen und hatte dort ein Paar Schuhe entwendet, von denen er fünf Paar selbst besitzt, drei Paar an Paul und ein Paar an die übrigen Geschwister Wasner verschenkte. Paul Wasner hatte bei der Firma Lustig u. Sells zahlreiche Werkzeuge und sonstige Gebrauchsgegenstände entwendet, die hauptsächlich zur Reparatur und Montierung von Fahrrädern dienen. Emil Wasner wieder hatte seine beiden Schwestern ausputzen wollen und zu diesem Zwecke bei der Firma Schäffer, wofolbst er in Stellung war, je zwei kostbare Straußfedern, Pelzbaretts, Federboas und Chenillestücke entwendet, deren sich indes die Schwestern bis zur Entdeckung der Tat noch nicht bedient hatten, da die Gegenstände allzu auffallend kostbar waren. Grunwald sodann hatte bei der Firma Mohr, bei der er lernte, zwei Paar Schlittschuhe im Werte von zwölf Mark weggenommen und den Brüdern Wasner geschenkt. Die Angeklagten waren gefänglich und wurde Bod wegen Diebstahls zu 10 W. Monaten Gefängnis, Paul Wasner wegen Diebstahl, Anstiftung zum Diebstahl und Heferei zu neun Monaten Gefängnis, Emil Wasner wegen Diebstahl und Heferei zu vier Monaten Gefängnis, Grunwald und Ida Wasner kamen als Minderjährige mit einem Verweise davon, Martha Wasner erhielt wegen Heferei drei Tage Gefängnis.

Der Zimmerer-Verband hielt gestern Abend eine Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Kollegen Paschke und Berger in üblicher Weise. Hierauf hielt Arbeitersekretär Neulirch einen Vortrag über „Steuern und Stadtverordnetenwahlen“. Er wies dabei nach, daß insbesondere auch die Zimmerer ein Interesse daran haben, eine größere Zahl von Vertretern des Arbeiterstandes ins Stadtparlament gewählt zu sehen. Wie alle Arbeiter seien auch die Zimmerer an besserer Armenpflege, Verbesserung des Volksschulwesens, insbesondere durch unentgeltliche Lieferung der Vermittlung, interessiert. Ferner an einer geordneten Wohnungspolitik, an Vermehrung der Badeanstalten und Beseitigung der Schmutzwasser auf Kosten der Arbeiter, wie sie das Submissionswesen bisher zeitigte. Es müsse ferner darauf gesehen werden, daß die Stadt als Arbeitgeber sich nicht zu schulden kommen läßt, was leider jetzt sehr oft geschieht. — Nach dem heftigsten aufgenommenen Vortrage wurde die Abrechnung vom Gartenfest und der Bodenfahrt verlesen. Beide Vergütungen haben mit einem Verlust und zwar von 13.76 und 49.35 Mk. abgeschlossen. Unter Verbandsangelegenheiten erfolgte die Wahl der Kollegen Schmidt und Schwob, welche als Arbeiterschlichter in Vorschlag gebracht werden sollen. Da der zweite Vorliegende sein Amt niedergelegt hat, mußte eine Neuwahl erfolgen. Gewählt wurde Kollege Schöner.

Ein Jahr wegen Majestätsbeleidigung! Der vierzig Jahre alte, schon mehrfach vorbestrafte Schneidergeselle Karl Schjaja ließ sich am Geburtsstage des Kaisers, am 27. Januar, eine Majestätsbeleidigung zu schulden kommen. Er wurde dann sogleich und infolge fleißiger Verfolgung in Löwenberg verhaftet. Er war jetzt gefänglich und wurde mit Rücksicht auf die Schwere der Beleidigung (!) und seine Vorstrafen von der Strafkammer zu Regensburg zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte nur fünf Monate Gefängnis beantragt.

Unfälle. Am 5. d. M., Nachmittags, führte ein Köpfer auf der Sonnenstraße infolge eines Krämpfanfalls zu Boden und verletzte sich schwer am Kopfe. Er wurde dem Allerheiligenhospital zugeführt. — Ein auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz besinnungslos aufgefunden Arbeiter ans Hartlieb wurde im Wenzel-Gandl'schen Krankenhaus untergebracht.

Echene Pferde. Am 5. d. M., Vormittags, wurden vor der Schweigerei im Scheiniger Park die Pferde eines Bierwagens durch ein Geräusch schen und rasten nach der Fürstenstraße. Beim Brigidental wurden sie durch einen Schuttmann und einen Kutscher aufgehalten. Unglücksfälle haben sich nicht ereignet.

Vermisst wird seit dem 4. d. M. der 33 Jahre alte Arbeiter Karl Reise, welcher Weißbergstraße 84 bei seiner Mutter gewohnt hat. Da er an Krämpfen leidet, wird vermutet, daß ihm ein Unglück zugefallen ist. Er trägt helles Jackett, dunkle Hose und schwarzen, weichen Hut.

Ein Bodenbrand, der eine gefährliche Ausdehnung anzunehmen drohte, brach heute früh im linken Seitenhause des Grundstücks „Zur Krone“, Matthiassstraße 9, aus. Mächtige Rauchwolken drangen plötzlich aus den Fenstern im fünften Stock hervor und setzten sich in dem großen Hofe demart fest, daß ein Vordringen derselben fast unmöglich wurde. Zuerst ging die Pöschmannschar der Elbing-Fenerwache vor. Bald trafen auch die Fahrgänge der Hauptwache mit einer Dampfpröze ein. Während durch das Treppenhause mehrere Schläuche gezogen wurden, wurde im angrenzenden Bauhof die Magazinstreife aufgestellt, von welcher aus auf das Dach vorgegangen wurde. Das Feuer war schnell gelöscht. Ausgedroht ist es in einer mit Berg gefüllten Kammer, welche ganz ausgebrannt ist. Angrenzende Kammern, sowie ein Teil der Dachkonstruktion sind stark beschädigt worden.

Stadt-Theater. Die Ausgabe der Abonnements für die erste Hälfte der Saison erfolgt täglich von 10 bis 2 Uhr in der Redaktions- und Stadtheaters. Inhabern von ganzen Abonnements bleiben die Plätze bis heute Mittag 2 Uhr reserviert.

Thalia-Theater. Sonnabend findet im Thalia-Theater eine Aufführung von Oscar Blumenthals vieraktigen Lustspiel „Der Probepfeil“. Sonntag eine solche von Holzogens und Schumanns Lustspiel „Die Kinder der Exzellenz“ statt. Der Vorverkauf für beide Vorstellungen erfolgt Donnerstag von 10 bis 2 Uhr im Thalia-Theater (Parkett 1.50 Mk. r.) Anfang 1/8 Uhr.

Volk-Vorstellungen im Thalia-Theater. Die Ausgabe der Abonnements erfolgt täglich von 10 bis 2 Uhr in der Redaktions- und Stadtheaters.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

Zur Tischlerstreik in Linke's Waggonfabrik ist bisher eine Milderung zu Gunsten der Tischler nicht eingetreten. Es fanden nochmals Verhandlungen mit der Werkstattskommission statt, die aber zu keinem befriedigenden Resultat führten. Der Geist unter den Streikenden ist ein vorzüglicher. Am Sonnabend ist die erste Streikunterstützung in Höhe von rund 1300 Mark ausgezahlt worden. Nächste Woche wird noch einmal eine große Versammlung aller Arbeiter der Waggonfabrik zu den mit dem Herrn

Direktor gepflogenen Verhandlungen und den daraus hervorgegangenen Zugeständnissen Stellung nehmen.

Die Lokalkommission hält am Mittwoch Abend im Gewerkschaftshause eine Sitzung ab, zu welcher alle Beteiligten hierdurch eingeladen werden.

Der Zahlabend der Zimmerer fällt diesen Sonntagabend aus, weil das Stiftungsfest stattfindet.

Der Vorstand.

Regensburg, 6. September. Vom Bauarbeiterstreik. Wer heute Abend gegen 7 Uhr in unser Gewerkschaftshaus ging, der mußte glauben, über Regensburg sei der Belagerungsstand verhängt. Ein starkes Aufgebot von Schützen, wir zählten 8 Mann, war auf die Beine gebracht worden, um die heut Abend taende Bauhandwerker-Versammlung zu überwachen. Somit sind wir gezwungen, immer nur einen Kommissar zu sehen. Auch schon im Laufe des Nachmittags waren die Streikenden scharf bewacht und im Zeitraum von einer Stunde sind nicht weniger als 6 Streikposten zur Polizei abgeführt worden. Schon bei Vernehmung dieser Arrestierten erklärte der Polizeikommissar: „Wenn's heute Abend wieder so wird, wie am Donnerstag, da wird die Versammlung aufgelöst.“ Dann erklärte auch der Kommissar Biehliger: „Na, heute Abend komme ich selber hin, da wird so etwas nicht passieren.“ Ja, was ist denn eigentlich am Donnerstag gewesen? Genosse Hartmann aus Görtlich hat sich doch nur ganz entschieden dagegen verwahrt, daß der Herr Bürgermeister von Regensburg ihn einen „fremden Keil“ nennt. Das wird ihm doch niemand verdenken können. Sollte sich Hartmann dort im „Kronprinz von Preußen“ etwas zu schulden kommen lassen, so wäre doch gewiß der überwachende Kommissar eingeschritten. Hiert vor Eröffnung der Versammlung erklärte der Kommissar Biehliger am Vorstandstische: „Wenn er am Donnerstag da gewesen wäre, hätte er die Versammlung gewiß aufgelöst.“ Den Einberufer der Versammlung, Zimmerer Gutscher, winkte der Beamte zu sich heran und sagte: „Sobald Hartmann heute kommt, löse ich die Versammlung auf.“ Als Gutscher antwortete: als Besucher der Versammlung könne doch Hartmann im Saale weilen, gab dies der Kommissar zu, aber reden dürfe er nicht. Zu bemerken ist noch, daß, wie uns mitgeteilt wird, auch der Berichterstatter des „Regeniger Anzeigers“ die gekränkte Leberwurst spielte. Er sei zwar nicht Katholik, aber er müsse sich doch gegen die Angriffe Hartmanns auf den Dr. Döber wenden. Wir glauben, der Berichterstatter einer bürgerlichen Zeitung hat nicht notwendig, über die Ausführungen unseres Repräsentanten zu Gericht zu sitzen. Wenn es dem Berichterstatter des „Regeniger Anzeigers“ nicht gefiel, brauchte er ja nur hinauszuweichen. Wir meinen, dieser Herr hat sich weiter zu tun, als einen objektiven Bericht zu geben. Arbeiter von Regensburg, und besonders die Bauhandwerker, leidet die Arbeiterpresse, die nur allein ihre Interessen vertritt. — Wir lassen nun einen Bericht der heutigen Versammlung folgen. Kurz vor 7 Uhr eröffnete Zimmerer Gutscher die Versammlung und erteilte dem Maurer Posner das Wort. Dieser kam zunächst auf das „Eingeländt“ des Herrn Oberbürgermeisters Döber, sowie auf die in derselben Nummer des „Regeniger Tageblattes“ gebrachten Ausführungen zu sprechen. Es ist nicht richtig, führt Redner aus, daß die Streikenden oder Ausgesperrten nicht die Hand zur Einigung bieten wollen und auch kein Entgegenkommen zeigen. Weil die Regeniger Bauhandwerker eben auf das Wort und den Handschlag ihrer Arbeitgeber gar nicht mehr geben können, haben sie auf Unterschiebung eines Tarifs bestanden, der Herr Oberbürgermeister hat aber Art, daß die Arbeitgeber auf einen Tarif nicht eingehen werden. So haben sich die Einigungsversuche wieder zerfallen. Auch sind die Maurer von ihrer Forderung von 42 Pf. auf 40 Pf. zurückgegangen, das ist doch ein Entgegenkommen! Als aber die Arbeitgeber daran erinnert wurden, daß sie doch schon im Jahre 1900 einen Stundenlohn von 38 Pf. ausgelagt haben für das Jahr 1901, und sie ihr Wort gebrochen haben, da verlassen die Arbeitgeber das Zimmer. Wer ist also schuld, daß kein Einigung zustande kommt, doch nur die Unternehmer. Ferner steht im Eingeländt zu lesen, daß in Städten wie Dungsau, Löben usw. nur 35 Pf. Stundenlohn gezahlt werde. Dort sind aber auch die Lebensverhältnisse andere als in Regensburg, und das Gehalt der Bürgermeister dürfte in diesen Städten wohl auch niedriger sein als das Gehalt in Regensburg, da soll man es doch nicht den Arbeitern verargen, wenn sie auch einen etwas höheren Lohn zu erlangen versuchen. Das „Regeniger Tageblatt“ schreibt in derselben Nummer, daß doch die Arbeitgeber einmal aus dem Dunsteln herauskommen möchten, und erklären, ob es wahr ist, daß sie ihren Arbeitern die Lohnerböschung versprochen haben. Die Arbeitgeber haben sich aber geheißt, darauf etwas zu antworten. Weiter behauptet das „Regeniger Tageblatt“, der Streik sei schon längst geplant gewesen, da steht der Zentralverband der Maurer dahinter. Das ist natürlich wieder ein Unsinn. Die Gewerkschaften wollen keine Streiks, aber wenn es schon nicht anders geht, und aus der Kampf direkt angezwungen wird, dann fürchten wir ihn auch nicht, und zeigen, daß wir zu kämpfen verstehen. Redner führt dann noch an, daß am heutigen Nachmittag ein halbes Duzend Streikposten festgenommen worden sind, und kritisiert das Verhalten unserer Behörde. Zum Gehalt der Verwaltungsbeamten steuern auch wir Arbeiter eine ansehnliche Summe. Aber Schlesien liegt ja den russischen Grenzgebieten sehr nahe, und der Königsberger Prozeß hat ja wieder einmal ganz deutlich gezeigt, daß wir in einem Polizeistaat leben. Bei solchen scharfen Maßnahmen der Behörden ist es nicht zu verwundern, wenn sich einmal einer der Streikenden oder Ausgesperrten eine unbedachte Äußerung entschlüpfen läßt. Redner ermahnt einen jeden, sich ruhig und anständig zu betragen und auch dafür zu sorgen, daß nicht noch unangenehme Prozesse entstehen. Redner begrüßt es, daß das „Regeniger Tageblatt“ den Lohnarif veröffentlicht hat. Leider ist ein wichtiger Passus weggelassen worden, welcher bestimmt, daß Maßregelungen infolge des Streiks nicht stattfinden sollen. Da sehen doch die Bürger von Regensburg einmal, was die Maurer- oder Zimmerergesellen in Wirklichkeit bekommen, trotzdem die Arbeitgeber den Gesellen mit 65 Pf. die Stunde anrechnen. Es kommt ja auch vor, daß man für einen Lehrling pro Stunde 43 Pf. rechnet, wovon der Lehrling 13 Pf. erhält. Wenn aber jetzt ein Maurer oder Zimmerer aus dem Verbandsaustritt, da bekommt er gewiß keine 40 Pf., man sieht also deutlich, daß es auf die Beförderung der Organisation ankommt. Zum Schluß ermahnt Redner, fest und trenn auch fernhin auszuhalten. Stadtvorordneter Seibt (Hirsch-Dundercher) bedauert, daß er den Lohnarif der Maurer erst durch das „Regeniger Tageblatt“ zu sehen bekommen habe, er erwartet, daß in einem späteren Falle der Gewerbeverein nicht mehr übersehen werde. Er (Seibt) sei wohl jetzt am meisten gefaßt in Regensburg, mehr noch als Hartmann. Er steht noch heute auf dem Standpunkt, daß die Unterschiebung eines Tarifs die Hauptsache sei, um nicht schließlich im nächsten oder übernächsten Jahre schon wieder kämpfen zu müssen. Die Meinung des Oberbürgermeisters, daß ein Tarif nichts nützen könne, kann für uns nicht maßgebend sein. Eine tarifliche Vereinbarung zwingt die Unternehmer viel eher, Wort zu halten, sie ist für Arbeitgeber und Arbeitnehmer von Vorteil und bietet eine Handhabe zu weiteren friedlichen Verhandlungen. Im Eingeländt des Bürgermeisters ist auch die Stadt Görtlich mit angeführt. Die Görtlicher Behörde hat aber bis jetzt noch nicht notwendig gehandelt, Arbeiten nach auswärts zu vergeben, wie es in Regensburg infolge der Mangelbildung der Unternehmer geschehen mußte. Redner ist in der Lage nachzuweisen, daß schon Wochen vorher die Aussperrung der Maurer und Bauarbeiter geplant war, da ist es doch selbstverständlich, daß sich die Gewerkschaften rufen. Allerdings müssen die Kämpfenden bemüht sein, das wieder gut zu machen, was in der Versammlung im „Kronprinzen“ gefehlt worden ist. Streik und Aussperrung sollen in Zukunft getrennt behandelt werden. Zimmerer Gutscher erklärte, wäre der Tarif unterzeichnet worden, da hätten die Zimmerer gewiß auch mit 38 Pf. varlich genommen, zur friedlichen Lösung sind sie stets bereit gewesen. In Löben hat man nach dreitägigem Streik in diesem Jahre eine Zulage von 4 Pf. pro Stunde erhalten, in Glogau sogar 7 Pf. Das sind also die Städte, die im Eingeländt mit angeführt sind. Nach einigen kürzeren Bemerkungen von Fäkel und Fächer erfolgte Schluß der Versammlung mit dreifachem Hoch auf die Regeniger Lohnbewegung.

Scharlottenbrunn i. Schl., 6. September. Morb. In der Nacht von Sonntag zu Montag wurde in Bärengrund an einer 50jährigen Frau, namens Tauch, ein entsetzlicher Mord verübt. Die Frau wurde in der Nähe des ersten Hauses der Kolonie Bärengrund tot aufgefunden. Die Leiche wies viel Stichwunden auf am Kopf, den Armen und Beinen. Der Leib war vollkommen aufgeschnitten, sodaß die Eingeweide herausstraten. Die Gerichtskommission war bald zur Stelle und ließ die Leiche nach dem Sektionslokal in Reiffendorf schaffen, wo die Sezierung stattfand. Von dem Täter fehlt bis jetzt jede Spur.

Görtlich, 6. September. Der Täter des Raubmordes versuchte, der am Sonnabend im „Hotel Strauß“ stattfand, ist heute Vormittag 10 Uhr in Seidenberg verhaftet worden. Es ist der aus einer hochachtbaren Familie in Goldberg stammende Kaufmann Karl M. Anfangs leugnete M. seine Schuld, gefand aber später die Tat ein. Der mit einem Plaster bedeckte Finger, in den ihn der beraubte Lehrling gebissen, wurde ihm zum Zeugen. M. hatte sich von dem geraubten Gelde eine goldene Uhr mit Kette, einen neuen Anzug und einen Handschuh gekauft. 238 Mark und 6 Kronen fand man noch bei ihm vor. Am Sonnabend hatte er ruhig in einem hiesigen Hotel am Bahnhof übernachtet, war mit dem ersten Zuge nach Seidenberg gefahren und hatte sich dort in einem Hotel einlogiert. Früher war M. in einem Berliner Zigarrengeschäft tätig und erst am Sonnabend Vormittag mit 8 Pf. in der Tasche aus Berlin mit der Eisenbahn hier angekommen.

Neueste Nachrichten.

Der Krieg zwischen Rußland und Japan.

Der Rückzug nach Mandschu.

General Kurapalkin meldet dem Kaiser: Am 5. September ging die Armee erfolgreich nach Norden zurück. (D. Red.) und entzog sich der gefahrvollen Lage, in der sie sich dadurch befunden hätte, daß sie bei ihrer geringen Frontausdehnung sowohl auf der Front, als auf dem linken Flügel vom Feinde bedroht wurde. Den ganzen Tag über fanden, besonders auf dem linken Flügel, unbedeutende Nachschlammkämpfe statt. Unsere Verluste betragen heute gegen 100 Mann.

Nach einer Meldung von Tokio verfolgte der japanische rechte Flügel die Russen am Sonnabend bis Jantai. Die Japaner besetzten die Zweigbahn von Jantai bis zu den Kohlenbergwerken. Die Russen gehen weiter auf Wafsen zurück. In einem Kriegskate in Tokio wurde Kurapalkin's geschickter Rückzug sehr anerkannt.

Die Langsamkeit der Umgehungskolonnen Kurapalkin's erklärt sich, wie Pariser Blätter berichten, durch die großen Schwierigkeiten bei dem Transport der Artillerie, sowie durch die Notwendigkeit, für einzelne zu größeren Anstrengungen nicht mehr fähige Abteilungen vom Süden her Ersatz zu erwarten.

„Petersburg“ und „Smolensk“ gefunden.

Der englische Kreuzer „Fort“ fand die russischen Hilfskreuzer „Petersburg“ und „Smolensk“ in der Nähe von Sanjida innerhalb der Dreimeilen-Grenze und überbrachte ihnen Befehle des Kaisers Nikolaus. Die Schiffe dampften sofort ab, indem sie mitteilten, sie wollten unverzüglich nach Europa gehen. — Tran, schau wem!

Briefkasten.

3. Das ist in verschiedenen Städten verschieden. Ratibor hat eine Freikonservativ-nationalliberale Mehrheit, Rattowitz eine sign. liberale. Im allgemeinen kann man also nicht Bestimmtes sagen, doch glauben wir, daß das Centrum überwiegt.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Gewerkschaftshaus.
Donnerstag, den 8. September: Handels-Transport- und Verkehrsarbeiter. Bezirksführer-Sitzung. Abends 8 Uhr. Zimmer Nr. 1.
Sonntag, den 11. September: Steinarbeiter-Verband. Zahltag. Vormittags 9 1/2 Uhr. Zimmer Nr. 3.
Donnerstag, den 15. September: Tapezierer-Verband. Vertrauensmänner-Sitzung. Abends 8 Uhr.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt II (Königs-Vorstadt und Pöpelwitz).
Donnerstag, den 8. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer beim Stellvertreter zur Abrechnung. Pflicht ist es, beizumitteln zu erscheinen. Der Distriktsführer.
Bezirk 13. Donnerstag, den 8. September: Zahlabend. Abends 8 Uhr. Der Bezirksführer.

Distrikt III (Ober-Vorstadt).
Bezirk 35, 38. Sonnabend, den 10. September: Kassenabend im bekannten Lokal. Die Bezirksführer.
Bezirk 32. Sonnabend, Abends 8 1/2 Uhr: Zahlabend im bekannten Lokal. Wahl eines Bezirksführers. Um vollzähliges Erscheinen ersucht Der Distriktsführer.
Bezirk Rosenhof. Sonntag, den 11. September, Vorm. 10 1/2 Uhr: Zahltag im bekannten Lokal. Bezirksführerwahl. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Bezirksführer.
Distrikt VI (Schweidnitzer, Ohlauer und Streifen Vor.).
Bezirk 81. Freitag, den 9. September: Zahlabend.

Schweidnitz. Arbeiter-Gesang-Verein „Vorwärts“.
Jeden Freitag, Abends 8 1/2 Uhr: Übungsstunde im Lokal des „Feldgartens“, Retschlanerstraße. Gäste willkommen.

Freiburg. Öffentliche Turnerversammlung Sonntag, den 11. September er., Vormittags 11 Uhr in Volkshaus „Germania“. Tagesordnung: 1. Die Bedeutung des Turnens für die Arbeiter und wo sollen dieselben turnen? Referent: Turngenosse Schramm-Breslau. 2. Diskussion.

Striegau. Gesangverein Vorwärts. Jeden Freitag, Übungsstunde. Aufnahme neuer Mitglieder.

Grünberg. Arbeiter-Gesang-Verein. Jeden Freitag, Abends 8 1/2 Uhr: Übungsstunde im „Frauen Tisch“.

Wetterologische Beobachtungen der Königlich Universitäts-Sternwarte.
Nach Breslauer Ortszeit.
(Mittel-europäische Zeit plus 8 Minuten.)

September 6., 7.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 Uhr.
Luftwärme (C.)	+ 21.4	+ 16.3	+ 15.0
Luftdruck bei 0° (mm)	754.6	754.4	754.3
Dunstdruck (mm)	5.5	7.2	7.2
Dunstfättigung (pCt.)	—	53	65
Wind (0-6)	D. 2.	D. 2.	SD. 2.
Wetter	heiter.	heiter.	heiter.

Wärme der Ober + 16.9.

Todes-Anzeige.

Am 5. September verschied nach langem, schwerem Leiden an der Berufskrankheit unser braver Freund und Kollege, der Steinmetz

Richard Kohoutek

im Alter von 24 Jahren 9 Monaten. 1549

Die organisierten Steinarbeiter Breslaus.

Beerdigung: Donnerstag, den 8. September, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle St. Salvator, Lohstrasse.

Am 27. d. Mts. verschied unser Mitglied, der Steinmetz

Richard Kohoutek

im Alter von 24 Jahren. 1543

Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren

Sozialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend.

1. Ziehung der 3. Klasse 211. Königl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 4. September 1904, vormittags.

Für die Gewinne über 144 ZR sind die betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Obere Gewinne.) Rückzahl verboten.

Table of lottery numbers for the 3rd class of the 211th Prussian Lottery, including various prize amounts and winning numbers.

Table of lottery numbers for the 3rd class of the 211th Prussian Lottery, including various prize amounts and winning numbers.

Advertisement for 'Zeltgarten' and 'Palmengarten' featuring 'Neumann-Bienen-Sänger' and 'Frei-Konzert' by 'H. Krainsik'.

Advertisement for 'Ausstellung für Handwerk u. Kunstgewerbe' (Exhibition for Handicraft and Art) held on September 7th.

Advertisement for 'Möbel auf Kredit' (Furniture on Credit) by 'Max Biermann' at Ring 51.

Small text at the bottom right corner of the page.

1. Ziehung der 3. Klasse 211. Königl. Preuß. Lotterie.

Table of lottery numbers for the 3rd class of the 211th Prussian Lottery, including various prize amounts and winning numbers.

Table of lottery numbers for the 3rd class of the 211th Prussian Lottery, including various prize amounts and winning numbers.

Horizontal text at the very bottom of the page, likely a printer's mark or additional publication information.

Ein Aufruf.

Herr Dr. jur. Fritz Auer veröffentlicht den nachfolgenden Aufruf „Zur Psychologie der Gefangenen“, den wir gern wiedergeben.

„Das Aufsehen erregende Buch von Hans Leuß „Aus dem Zuchthaus“ enthält zweifellos wertvolles Material für den Kriminalisten... Zur Gewinnung wissenschaftlicher Resultate auf diesem Gebiete ist leider noch sehr wenig Stoff vorhanden.“

Es wird jedem Einsender auf Ehrenwort die Diskretion zugesichert, die er in seinem Interesse gewahrt wissen will; man möge deshalb eine diesbezügliche Angabe machen und nicht anonym einsenden, letzteres schon um deswegen nicht, weil eventuell zur Klärung und Erläuterung der Berichte Anfragen notwendig werden.

Es handelt sich darum, Beiträge zu liefern zur Beantwortung der Fragen, einmal, ob die Untersuchungshaft in ihrer heutigen ausgedehnten Anwendung gerechtfertigt ist gegenüber den Opfern an seelischer Kraft, die der Verhaftete (und seine Angehörigen) dabei zu bringen haben, sodann, wie der heutige Vollzug der Freiheitsstrafe auf den Charakter, auf die beruflichen und gesellschaftlichen Fähigkeiten des Verurteilten einwirkt.

Dr. jur. Fritz Auer, München, Dachauerstr. 9.“

Weiter hat Dr. Auer die Fragen, die er beantwortet wünscht, wie folgt präzisiert:

„Welche Wirkung hat die Haft auf ihre geistigen und seelischen Eigenschaften: auf das religiöse Leben, auf die beruflichen Fähigkeiten, auf gesellschaftliche Neigungen, politische Anschauungen, auf Arbeitsamkeit, Sparfamkeit, Familienfina, Liebesleben, auf Logik, schriftlichen Stil (Intuition?), auf von Ihnen zugegebene verbrecherische Anlagen, auch solche, die vielleicht mit dem vorliegenden Straffall nicht in Verbindung gebracht werden können?“

Welche Wirkung hatte die Haft in körperlicher Hinsicht auf die Verdauungsorgane (Anstaltskost?), auf das Sehvermögen, auf die Atmungsorgane (Tuberkulose), auf Blutzusammensetzung (Anämie), auf das Geschlechtsleben? Wie ertrugen Sie die Entmöhnung von geistigen Getränken, von Kaffee etc. und Tabak?

Wie wirkte nach Ihrer Ansicht die Einzelhaft, wie die Gemeinschaftshaft, beide mit einander verglichen, auf Sie? Welchen Einfluß hatten der Anstaltsgeistliche, die Anstaltsbeamten, der Lehrer auf Sie, welchen die Behandlung durch das niedere Personal? Welche Förderung oder Nachteile brachte Ihnen die Anstaltsarbeit? Mit welchen Büchern und Schriften beschäftigten Sie sich in den Mußestunden? Was können Sie mitteilen über Neuz, Fluchtbrang, Langeweile, über Kunstfertigkeiten, die sich in der Einsamkeit bei Ihnen entwickelten? Ueber die Wirkung und Umgehung des Schweigegebots (Klopstelegraphie)? Ueber Disziplinstrafen?“

Aus aller Welt.

Prinzessin Luise von Koburg in Berlin. Aus Wien wird gemeldet: Die „Zeit“ teilt mit, es könne nunmehr, da die Prinzessin Luise von Koburg sich in Sicherheit befindet, gesagt werden, daß sie sich mit Mattachich zunächst nach Berlin begab, wo sie im Hause eines sozialdemokratischen Abgeordneten Zuflucht fand und von Mittwoch Abend bis Sonntag Abend verblieb.

Von anderer Seite wird bekannt, daß die Prinzessin mit ihren Begleitern von Bad Ems zunächst durch die Schweiz nach Lyon gefahren ist, wo sie im Hause eines französischen Deputierten in der Umgebung der Stadt Zuflucht fand, um sich zunächst anzusiedeln. Dann wurde die Reise nach Paris fortgesetzt, der Zug jedoch einige Stationen vor Paris verlassen. Die Prinzessin und Mattachich begaben sich im Wagen in eine Villa der Umgebung von Paris, die einem bekannten sozialistischen Deputierten gehört. Dieser gewährte der Prinzessin gästfreundliche Aufnahme. Weiter stellte er sich an die Spitze eines Komitees, das die ganze Affäre vor die Öffentlichkeit bringen, die Rechte der Prinzessin verteidigen und ihre völlige Freiheit erlangen will.

Infolge falscher Weichenstellung rief, wie aus Rey gemeldet wird, der um 12 Uhr 36 Min. Nachts aus Luxemburg im Metz eintreffende Personenzug bei dem Vorort Montigny auf einem Güterzug. Wie amtlich gemeldet wird, haben der Lokomotivführer, ein Schaffner vom Personenzug und zwei Bremsen des Güterzuges leichte Verletzungen erlitten.

Wir halten das Unternehmen des Herrn Dr. jur. Auer für sehr dankenswert und möchten wünschen, daß auch unser Leserkreis die Ausführungen seiner Absichten mit allem Eifer unterstützt.

Anträge zum sozialdemokratischen Parteitage

am 18. September und folgende Tage zu Bremen im „Casino“, Auf den Häfen 106.

Anträge zur Geschäftsordnung.

1. Die Genossen von Essen, Dortmund und Hamm-Sooest beantragen, § 1 der Geschäftsordnung des Parteitages folgenden Zusatz zu geben:

Die Eintragungen in die Rednerliste erfolgen erst, nachdem die jeweiligen Punkte der Tagesordnung vom Vorsitzenden zur Verhandlung gestellt sind.

Anträge zur Tagesordnung.

2. Die Parteigenossen in Hufum, Herlosa, Hensburg, Genosse Michaelis in Berlin II und 71 Genossen in Kiel beantragen auf die Tagesordnung zu setzen: Die Alkoholfrage.

3. Die Parteigenossen von Berlin I, II, III, IV, V, VI, Nieder-Barnim, Barmen, Eberfeld, Bremen, Dortmund, Rattowig, Magdeburg, Süderbög-Ludowalder-Bauch-Beilg, 3. sächsischen Wahlkreises, Offenbach, Potsdam-Spandau-Orl.-Haveland, Arnswalder-Friedeberg, Stettin und Teltow-Beesow-Charlottenburg beantragen auf die Tagesordnung zu setzen: Die Schulfrage.

4. Die Parteigenossen von Berlin, Nieder-Barnim, Potsdam-Spandau-Orl.-Haveland beantragen auf die Tagesordnung zu setzen: Sozialrecht und Kartelle.

5. Die Parteigenossen von Dortmund beantragen auf die Tagesordnung zu setzen: Der Russentanz in Deutschland und die politische Lage.

6. Die Parteigenossen in Stettin beantragen auf die Tagesordnung zu setzen: Das Wahlrecht in den einzelnen Bundesstaaten.

7. Die Parteigenossen von Offenbach a. M. beantragen, auf die Tagesordnung zu setzen: Die politischen Zustände in Deutschland und Genossen Nebel als Referent hierfür zu bestimmen.

8. Die Parteigenossen in Dresden-A., Breslau, Essen, Jena, Eberfeld, Hamburg III beantragen: Die Organisation als Punkt 4 auf die Tagesordnung zu setzen.

Geschäftsbericht des Vorstandes.

9. Parteigenossen in Dresden-A.: Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, in den jährlichen Geschäftsbericht eine Statistik aufzunehmen, die ein Bild über die Bewegung in den einzelnen Wahlkreisen, die Zahl der politisch organisierten, die Beitragshöhe in den Vereinen und die Abonnentenzahl der Parteiblätter geben soll.

Fazit.

10. Parteigenossen in Dresden-A.: Bei Aufstellung von Reichstags-Kandidaten ist die Zustimmung der Provinzial- und Agitations-Komitees, evtl. des Parteivorstandes erforderlich.

11. Parteigenossen von Berlin I und Potsdam-Spandau-Orl.-Haveland: Die Besprechung der Aufstellung des Kandidaten erfolgt in einer Kreisversammlung des Wahlkreises, zu der das Landes- resp. Provinzial-Agitationskomitee einzuladen ist.

12. Parteigenossen Berlin II und Essen: Der Parteitag möge Stellung nehmen zu dem Verhalten Schippels in Zoll- und Handelsfragen und evtl. dessen Ausschluss aus der Partei herbeiführen.

13. Parteigenossen des 3. Hamburger Wahlkreises: Der Parteitag möge die Haltung des Genossen Schippel in der Schutzzoll- und Agrarfrage einer Prüfung unterziehen. Sollte sich dabei ergeben, daß Schippel mit den Anschauungen der Partei nicht mehr übereinstimmt, so ist derselbe aufzufordern, sein Mandat niederzulegen.

14. Parteigenossen von Pommern: Der am 28. August in Stettin tagende pommersche Provinzial-Parteitag erklärt: So lange es den preussischen Landtagswahlen

das jetzige Dreiklassen-Wahlssystem besteht oder ein ähnliches das Volk in seiner Mehrheit ver Gewaltigende Wahlssystem gilt, ist die Wahlbeteiligung nur dort zu empfehlen, wo sie aus agitatorischen Gründen nützlich erscheint. Der deutsche Partitag möge daher beschließen, die allgemeine Verpflichtung zur Wahlbeteiligung aufzuheben und die Entscheidung hierüber den einzelnen Wahlkreisen überlassen.

15. Parteigenossen des 4. sächsischen Wahlkreises: Der Beschluß des Ralinger Partitages, die provisorische Beteiligung bei den Landtagswahlen betreffend, ist aufzuheben. Die Beteiligung an den Landtagswahlen bleibt den einzelnen in Betracht kommenden Ländern überlassen.

16. Parteigenossen Berlin IV: Bei allen Wahlen und Stichwahlen ist der Freistimm nicht zu unterstützen.

17. Parteigenossen des III. Berliner Wahlkreises: Damit der frühere Partitags-Beschluß, bei Stichwahlen zwischen gegnerischen Parteien sich für die Wahl zu enthalten, nicht zur Farce wird, speziell gegenüber dem jämmerlichen Verhalten der freistimmigen Volkspartei, ist strikteste Wahlenthaltung Ehrensache jedes Genossen.

18. Die Parteigenossen Jakobson und Wolf in Danow: Die Partei heißt die „Freistimmige Volkspartei“ nicht mehr als „kleineres Uebel“ an; dieselbe ist demnach bei Stichwahlen von unserer Seite nicht mehr zu unterstützen, sondern nach Möglichkeit ein Sieg dieser Partei zu bereiten.

19. Parteigenossen in Nienburg a. W.: Da die Politik der Welfen (deutsch-hannoversche Partei) immer reaktionärer wird, ihr Verhalten bei Wahlen höchst reaktionär ist, ist unfererseits denselben gegenüber bei Wahlen, und speziell bei Stichwahlen, strikteste Stimmhaltung zu befolgen.

Agitation.

20. Die Parteigenossen in Nürnberg und Hamm-Sooest: Zur Entlastung des Parteivorstandes ist eine Agitationskommission zu bilden, die mit den Provinzial- und Landesvorsitzenden der Partei feste Fühlung zu unterhalten hat.

Aufgabe der Kommission ist die Organisation einer systematischen Agitation in Wort und Schrift. Die Zahl der Mitglieder dieser Agitationskommission wird auf jedem Partitag von dem Mandat der Agitationskommission endet auf dem Partitage, der seiner Wahl folgt. Die Wahl der Orte, welche die Mitglieder zu bestimmen haben, erfolgt von neuem auf jedem Partitage.

Die Kommission erhält einen ständigen Sekretär, der vom Partitage gewählt wird oder mit dessen Einverständnis vom Parteivorstand und den Kommissionsmitgliedern ernannt werden kann. Der Sekretär der Agitationskommission hat Sitz und beratende Stimme in den Sitzungen des Parteivorstandes. Die Kommission tritt nach Bedarf, mindestens aber einmal vierteljährlich zusammen.

21. Parteigenossen in Pritz: Zur Entlastung des Parteivorstandes ist eine Agitationskommission zu bilden, die mit den Provinzial- und Landesvorsitzenden der Partei feste Fühlung zu unterhalten hat.

Aufgabe der Kommission ist die Organisation einer systematischen Agitation in Wort und Schrift, mit besonderer Berücksichtigung unserer Forderungen an die bürgerliche Gesellschaft.

Die Kommission wird von Genossen aus verschiedenen Landesteilen gebildet, hat ihren Sitz am Orte des Parteivorstandes und ist dem Vorsitzenden derselben Sitz und Stimme im Parteivorstand einzuräumen.

22. Parteigenossen in Eberfeld: Der Parteivorstand ist gehalten, schon jetzt in den Landesteilen, wo ein besonderes Bedürfnis dazu vorhanden ist und die Personenzug befriedigend gelöst werden kann, besolbete Parteisekretäre anzustellen.

23. Parteigenossen in Hamm-Sooest: Einen Parteisekretär für das Agitationsgebiet im westfälischen Westfalen anzustellen.

24. Parteigenossen in Metz: Für den Wahlkreis Metz einen unabhängigen Genossen anzustellen, der die Parteigeschäfte zu leiten hat. Die Mittel dazu sind vom Partitage zu bewilligen.

25. Parteigenossen in Gbrelitz: Der Parteitag fordert die Parteigenossen derjenigen Wahlkreise, für welche keine Agitationsbezirke gebildet sind, auf, bis zum nächsten Partitage eine Agitationsverbände zu bilden oder sich bestehenden Agitationsverbänden anzuschließen. Zu einem Agitationsbezirk gehören diejenigen Wahlkreise, welche durch den Parteivorstand für die Reichstagswahlen zu einem Agitationsbezirk vereinigt wurden. Die Beitragshöhe der einzelnen Wahlkreise bestimmt die Wahlkreisversammlung. Jedoch ist von je 10 Pf. der erhebbaren ordentlichen Mitgliedsbeiträge 1 Pf. an die Zentralkasse in Berlin abzuliefern. Außerdem sind die

Der Jungführer des Personenzuges war, als er das Unglück ahnte, abgesprungen und hatte die Maschine zum Stehen zu bringen vermocht. Ferner erlitten zwei Passagiere des Personenzuges leichte Verletzungen.

Ein Karawane, die Geld von Fez bringen sollte, wurde bei Abalqamra, ungefähr 25 Meilen von Tanger, angegriffen. Den Raubtieren gelang es, sich mit ungefähr 30.000 Piastern nach einem sichern Platz zu flüchten, nur ein Raubtier mit 6000 Piastern fiel in die Hände der Räuber.

Ein Mißverständnis. Eine humoristisch angehauchte Geschichte erzählt das Schwabener Tagelblatt aus dem bostigen Kreise: Vor kurzer Zeit kam in einem Dorfe zu einem Landmann, der an Podaagra litt und in einem Lehnstuhl fest saß, der Stenerbote, um die fälligen Abgaben einzuziehen. Nachdem der kranke Mann die Absicht des Anstümmelers vernommen, rief er mit Stenortimme ins Nebenzimmer: „Fritz, bring mir mal meinen Stock!“ Der Beamte, welcher glaubte, er solle geprügelt werden, und sich keiner Manferei ansahen wollte, machte sofort Kehrt und konnte erst auf dem Hofraum benachrichtigt werden, daß der Stenerzahler ja gar nichts weiter beabsichtigt hatte, als mit Hilfe seines Reithundes sich vom Stuhle zu erheben und das Geld aus dem Schranke zu holen. Mit herzlichem Lachen von beiden Seiten wurde das Mißverständnis beseitigt und „zum Vertrag“ ein selbstgebrannter Brauntwein eingenommen.

Ein Gesandnis hat die im Krankenhaus in Bad Ems an den Folgen einer schweren Operation darniederliegenden Gattlerin Marie Probst von Legernsee dem Krankenhausverwalter in Gegenwart eines Notaristen gemacht. Sie facts, daß sie vor drei Jahren Jungin war, wie zwischen Schliersee und Legernsee ein Fremder von einem Manne aus Legernsee menschlungs niedergeschossen und seiner Parthschaft von über 800 Mk. beraubt wurde, worauf der Täter und dessen Frau die Leiche verscharrten. Der Mörder habe ihren Namen, dem sie von der Tat Mitteilung machte, 50 Mk. Schweigegehalt gegeben. Seit drei Jahren sei sie von Gewissensbissen gefoltert, bis nun ihr bevorstehender Tod und unmenschliche Behandlung durch ihren Mann sie zu diesem Gesandnis bewegen.

Die Brandkatastrophe im New Yorker Ghetto. Wie bereits gemeldet wurde, ist in New York in der Attorneystraße im Viertel der Stadt ein fünfstöckiges großes Mietshaus wieder abgebrannt, wobei vierzehn Personen ums Leben kamen und zwanzig verletzt wurden. Gegen hundert Personen schliefen in dem Hause, als das Feuer Nachts in einer Zimmermannswerkstatt ausbrach. Ein furchtbarer Kampf um den Ausweg aus den Flammen entstand zwischen den Bewohnern des zweiten Stockwerkes des brennenden Gebäudes, das sich als eine wahre Feuerfalle erwies. Viele Leute sprangen aus dem Fenster auf die Straße hinab. Andere versuchten, mittels Leitern das Dach zu erreichen. Die Leitern brachen jedoch unter der übergroßen Last zusammen, und die auf den

obersten Sprossen stehenden Ärgsten auf die Nachströmenden herab, sie mit sich in die Tiefe reißend. Die Männer machten den Frauen und Kindern mit Gewalt den Rettungsweg streitig. Unter den Toten befinden sich ausschließlich Frauen und Kinder.

Wegen Mißhandlung von Untergebenen und wegen vorfälliger Körperverletzung hatte sich, wie uns aus Düsseldorf berichtet wird, am Sonnabend der Bischofswibel Hermann Jakobszewski von der 10. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 39 zu verantworten. Wie verschiedene Zeugen bekundeten, hatte der Thargierte während der diesjährigen Gefechtsübungen in der Schule einem Soldaten mehrere Schläge ins Gesicht verlehrt, einen zweiten am Halse gewürgt und ihm die Kehle zugebrennt. Mit Rücksicht auf seine bisherige stralose Führung wurde der Angeklagte zu 10 Tagen gelindem Arrest verurteilt.

Großer Brand. In Dingelstädt (Eichsfeld) brach am Dienstag ein Feuer aus, welches große Ausdehnung annahm. Mehrere Straßen stehen bereits in Flammen. Die katpologische Hauptkirche ist vollkommen verloren. Die Feuerwehren können infolge des Wasser mangels und des herrschenden Windes nicht erfolgreich vorgehen.

Eisenbahn-Unfall. Bei der Ausfahrt aus dem Danziger Bahnhof ist Dienstag, Vormittag 11 Uhr, der 223. Neufahrwaffer bestimmte Güterzug 8504 entgleist. Die Lokomotive und ein Wagen wurden aus den Schienen geworfen. Menschen sind nicht verletzt. Der Personenverkehr wird auf einem Gleise anfrcht erhalten.

Ein erklaffiger Dumy. Auf ein sehr bewegtes Leben blidt der 56jährige Freiherr Friedrich Karl von Treuberg aus München zurück. Dieser Edelke und Besse war in den Jahren 1864-1873 bayerischer Offizier und brachte es bis zum Oberleutnant; wegen Schuldenmachens mußte er den Dienst quittieren. Er trat bei der französischen Fremden-Region ein, dann war er Kolonialsoldat in Holländisch-Indien. Dort wurde er wegen eines gemeinen Verbrechen zum Tode verurteilt, aber seine Verwandtschaft war in der Lage, die Vollstreckung des Urteils zu hintertreiben und seine Amnestie durchzusetzen, nachdem sie auf diplomatischem Wege vorgebracht hatte, daß Treuberg unzurechnungsfähig sei. Nach Deutschland zurückgekehrt, lebte er meist vom Schwandel. Wegen Betrugsereien ist er schon wiederholt verurteilt. Dieser Tage stand er wegen einer Reihe von Betrugsereien vor der hiesigen Strafkammer. Er hatte eine Anzahl Wirte dadurch geschädigt, daß er ziemlich erhebliche Beträge bei ihnen machte, aber nichts bezahlte. Der wichtigste Sachverständige erklärte, daß Treuberg an chronischem Alkoholismus leide und erlich befallen sei; sein Vater und 3 Brüder von ihm seien im Irrenhaus gestorben, er selbst habe sich bereits freiwillig zur Aufnahme in eine Münchener Privatirrenanstalt gemeldet. Auf diese Anklage hin wurde er freigesprochen und aus der Haft entlassen, so daß er seine Schwandeleien fortsetzen kann.

Arbeitsorganisationen verpflichtet, die Gelder, welche nicht zur Bekämpfung der öffentlichen Anstalten und zur Dotierung eines Wahlfonds nötig sind, an die Zentralkasse abzuliefern.

26. Parteigenossen in W a n n e : Der Parteivorstand wird erlucht, die Agitation gegen die stürkste und demagogischste der bürgerlichen Parteien, des Zentrums, in Verbindung mit zahlreicher katholischer Arbeiterbevölkerung noch energischer als bisher zu unterstützen.

27. Genosse F a b e in Berlin II: Das in allen sogenannten Kulturstaaten wahrzunehmende ständige Anwachsen der lebenden Perere und das mit ihm verbundene Lebenswunder des militärischen Geistes bedeutet eine große Gefahr für die zur Befreiung durch den Sozialismus vorwärtsstrebende Arbeiterklasse in doppeltem Sinne; sowohl wegen der kultur- und demokratiefeindlichen Tendenz des Militarismus überhaupt, wie auch wegen des Umstandes, daß die Armeen immer mehr zu Organismen werden, die dazu berufen sind, die festesten Stützpunkte der bürgerlichen Gesellschaftsordnung zu bilden.

Aus diesem Grunde halten die Parteigenossen neben der Erfüllung ihrer sonstigen Aufgaben der Partei eine intensive, planmäßige betriebene Propaganda gegen den Militarismus und Nationalismus für dringend geboten.

Als erste Vorbedingung zur Einleitung dieser Propaganda betrachten sie die Realisierung der von dem internationalen Kongress in Paris 1900 angenommenen Resolution, welche lautet: „Daß die sozialistischen Parteien überall die Erziehung und Organisierung der Jugend zum Zweck der Bekämpfung des Militarismus in Angriff zu nehmen und mit größtem Eifer zu betreiben haben.“

(Fortsetzung folgt.)

Partei-Angelegenheiten.

Totenliste der Partei. In Würzen starb der Parteigenosse Julius Künzler. Schon Anfang der letzten Jahre war Julius Künzler, gleich seinem längst verstorbenen Bruder Ernst Künzler, dem Gründer der Reichsgerichts-Korrespondenz, in Leipzig tätig für die Partei tätig. Danach war Künzler auch vorübergehend verantwortlicher Redakteur des „Vollstaates“, als welcher er eine längere Gefängnisstrafe zu verbüßen hatte. Später war er im Bureau unterm Genossen Mecklenburgs Patrick tätig. Als letzterer ein Anwalt in Würzen errichtete, übertrug er Künzler die Stelle des Bureauverwalters. Seit jener Zeit ist Künzler unermüdet in Würzen im Dienste der Partei tätig gewesen. Lange Jahre gediente er im Würzen dem Stadtvorstandes-Kollegium an, das ihn auch zum Stadtrat wählte. Ein reichlicher und ruhiger Charakter, hat sich der Verbesserung naturlich auch bei dem jungen Kadmus durch seine immer bereitwillige Hilfe an die Partei, durch seine Regenerierung für unsere Sache die allgemeinen Sympathien erworben.

Arbeiterbewegung.

Zwischen den Verbänden der Bergarbeiter in Deutschland, Nordamerika, Österreich, Frankreich und Belgien sind von den Vertretern dieser Organisationen Gegenständigkeitsverträge abgeschlossen worden. Danach werden Mitglieder, die mindestens sechs Monate der Organisation eines der Länder angehört haben, mit gleichen Rechten in die Organisationen der übrigen Länder aufgenommen. Von besonderer Bedeutung sind diese Abkommen für Bergarbeiter, die nach Nordamerika auswandern wollen, da hier von den Bergarbeiterverbänden bisher eine Eintrittsgebühr von 10 bis 30 Dollar verlangt worden ist.

Beendigung der Ausberrung im Eisenbahnbereich. Wie aus Dresden gemeldet wird, ist die im Eisenbahnbereich über 25 000 Sträflinge seit Wochen bestehende Ausberrung nach Einigung mit den Arbeitern von den Unternehmern aufgehoben worden.

Die Wäckergeleien in Rauten haben beschlossen, für den Fall, daß ihre Arbeitgeber ihnen nicht die gewohnte Lohnsteigerung zugestehen, am Dienstag Abend in den allgemeinen Ausstand zu treten.

Der Maurerstreik in Nordhausen ist auf dem Wege der gütlichen Beilegung beendet worden. Wenn auch die Forderungen der Streikenden nicht in vollem Umfang anerkannt sind, so wurden doch sämtliche Forderungen auf drei Jahre gestrichelt, die die Unternehmer daran binden, den Arbeitern einseitige Lohnsteigerungen anzuerkennen. Der Streiklohn beträgt bis 1905 pro Stunde 8 Pf. und von diesem Zeitpunkt ab bis 1907 pro Stunde 8 Pf. Der Streik kann gelöst werden, wenn die Parteien 1/2 Jahr vorher denselben kündigen.

In dem sonderbaren Randoverfall bei Sombornen im Lager des Generals Kuntz wird nach folgendem berichtet: Nach Mitternacht wurde ein Oberhaupt, das ein Bein gebrochen hatte, auf Anweisung eines Tierarztes durch einen Revolverkugelschuss getötet. Die Leiche wurde nachher in der Nähe angelegener Pferde- und Rindviehställe. Als er durch die Türe der Stallung in die Stallung gelangte, machte er Schritte von anderen Tieren, die ebenfalls in wilder Flucht durch das Lager rufen und selbst über Jette hinwegschritten, die mit schlafenden Tieren gefüllt waren. Das Lager ward zwar sofort alarmiert; aber es war vollständig unmöglich, den verunglückten Lauf von mehr als 700 Pferden einzeln zu fassen. Die Tiere wurden bei diesem Geruch, meistens allerdings nur leicht, verletzt. Ein Teil des Stallungslagers war mit Stadelbränden umgeben. In diesem einen Teil der Tiere in ihrer wahllosen Flucht, und verletzten sich zum Teil schwer. Der größte Teil der wild gewordenen Pferde raste in die Stadt Sombornen, wo die ganze Bevölkerung durch das unheimliche Schauspiel in Furcht versetzt wurde. Unglücklicherweise war ein Teil der Straßentiere von Sombornen im Umkreis begriffen, und in diese Straßentiere führten die Pferde hinein. Die Flucht der Tiere war so wild, daß sie sich zum Teil durch Anstalten gegen die Häuser schwer verletzten, zum Teil aber in die Straßen verfielen. Pferde entzogen, trotzdem verschiedene Rettungsversuche gemacht wurden. Mehrere andere wurden wegen der schmerzhaften Verletzungen getötet. Eine andere Abteilung der Pferde galoppierte durch Wäcker in der Richtung nach Althof. Aufgeschreckte Straßen fanden viele dieser Tiere schwer verletzt am Wege liegen. Die Tiere geriet werden mußten, wenn man noch nicht, doch nach die Zahl sehr groß ist. 80 bis hundert Pferde werden noch vermisst. Zwei Drittel der eingetragenen Tiere sind durch Verwundung und Hitze schwer verletzt. Ein Jagd mit verwundeten Pferden wurde sofort nach Althof geschickt. Die Ausreiter gehörten zum größten Teil den S. Familien an.

Der letzte Akt eines Strohtheaters. Ein antiques Drama hat sich Sonntag Abend in Sombornen ereignet. Der bekannte Schriftsteller und Journalist Gustav Gummert ist von seiner Geliebten ermordet worden. Es handelt sich hier der letzte Akt eines Strohtheaters abspielte zu haben. Gummert wohnte im Hofe und lebte von seiner Frau, mit der er in Scheidung lag, getrennt. Er unterhielt ein Strohtheater mit der Ehefrau Gummert. Das junge Mädchen erkrankte, das Gummert in nach seiner Entscheidung heiraten würde. Gummert schies aber zu seiner Frau geschickten zu werden. Diese Wendung war wahrscheinlich der Grund der Bergschändung. Gummert Gummert hat sich dann selbst erschossen; er war noch einige Stunden bewußlos, ehe der Tod eintrat.

Von der Kaiserparade bei Altona am Montag berichtet die Nordd. Allg. Ztg. eine Reihe von Einzelheiten. So heißt es dort nämlich: Die Kaiserin fährt für Kaiserinregiment Königin. Sie wurde mit Bedauern empfangen, die Kapelle spielte als Parade-orchestra das „Schlesische Liedlein“ von Krieger, die Kaiserin selbst die Kaiserin und schritt sich im Vorbeigehen wiederholt vor den Kaiser, dann schritt sie elegant ein und hielt neben ihrem Gemahl, der ihr die Hand reichte. Das Ganze geschah, als die Kaiserin der Kaiserin entgegen, nach den Klängen des „Kaiserinliedes“ und zu lautem Beifall wurde das Publikum eingeleitet, als die hohe Frau das große Roll mit dem Kaiserpaar in geschützten Galopp nachrückte.

Der Streik der Tapezierer in Königsberg ist zu Gunsten der Gehilfen befallen. Am Sonnabend hatte die Innung die Lohnkommission zur Verhandlung eingeladen, in welcher die Forderungen fast vollständig bewilligt wurden. Es soll eine Kommission, bestehend aus drei Meistern und drei Gehilfen, gewählt werden, welche für die Einhaltung der Vereinbarungen zu sorgen hat. Ueber zwei Firmen, bei denen die Verhältnisse noch nicht geregelt sind, bleibt die Sperre verhängt.

Lokales und Provinziales.

Breslau, den 7. September.

* Reiche Führer und arme Arbeiter! Unter dieser Epigramme läuft jetzt wieder eine Notiz durch die Blätter, in welcher aufgezählt wird, was einige „Führer“ der Sozialdemokratie für Einkommen haben. Selbstverständlich schwirren nur die Tausende so um den Kopf der gläubigen Leser. Ein Zentrumsführer aus dem Rheinlande, die „Lobbericher Bürgerz.“, hat den Anfang gemacht, und Eugen Richters „Freiwillige Ztg.“ hat „voll und ganz“ und „unentwegt“ die Sache aufgegriffen. Halbwegs anständigen Zentrumsblätter ist der Schwinkel schon zu arg geworden und sie haben lebhaft abgewiegelt. Die „Kölnische Volksz.“ 3. B. sagt dazu:

Ferner sind die reichen Führer auch nicht durch die Sozialdemokraten beim die „Großen der Arbeiter“ reich geworden; sie waren es meist von Haus aus. Und daß die Redakteure sozialdemokratischer Blätter für ihre anstrengende Tätigkeit angemessen honoriert werden, ist ganz in der Ordnung; die sozialdemokratische Presse lebt auch nicht von den „Großen der Arbeiter“, sondern wirt zum Teil sogar ganz bedeutende Ueberschüsse ab, welche der sozialdemokratischen Partei als „gute kommen.“

Und die „Schles. Volksz.“ äußert sich ganz ähnlich: „Wir benötigen die gute Verwaltung der sozialdemokratischen Parteibeamten nicht zum Angriff auf diese Partei. Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert, und ein sozialdemokratischer Redakteur und Parteibeamter doppelt. Wir möchten vielmehr diese Angelegenheit benützen, um den bürgerlichen Parteien dies zur Nachahmung zu empfehlen; bei uns findet er die Redakteure recht schlecht bezahlt für ihre Arbeit. Parteibeamte können wir uns schon gar nicht leisten.“

So sagt die „Schlesische Volkszeitung“ in Breslau, das Organ des Breslauer Doms. Im gleichen Verlage erscheint aber seit dem 1. September auch das „billige“ Zentrumsorgan, die „Schlesischen Nachrichten“. Was sagt nun dieses „billige“ Zentrumsblatt zu derselben Affäre? Es druckt den ganzen Lobbericher Schwinkel ab und bemerkt u. a.:

Unmöglich ist die Verteidigung, die der „Vorwärts“ den sozialdemokratischen Millionären angedeihen läßt, die ohne Rücksicht auf das sozialdemokratische Parteibegleitungs-Evangelium für ihre Vertrieben in Genug der Güter drängen, die nach sozialdemokratischer Doktrin doch nur der Arbeitererwerb erzeugt. Der „Vorwärts“ sagt einfach, auch der Millionär steht an sich nicht im Widerspruch mit der Sozialdemokratie, nur das System des Kapitalismus, das ein paar Millionäre gegen ein Millionen von Heißhunger! Also fürchtet nicht für eure Millionen, für armen Arbeiter! Die revolutionäre Sozialdemokratie denkt nicht daran, eure Töcher anzunehmen, sie hat nichts gegen die Millionäre, sie will nur alle Menschen zu Millionären machen; und bis ihr dies gelingst, mögt ihr nach alter Façon fertig werden.“

Man vergleiche mit diesem blöden Erguß, der für die armen katholischen Provinzler bestimmt ist, noch einmal, was die großen Zentrumsblätter sagen, um zu verstehen, zu welchem Zwecke die „Schlesischen Nachrichten“ gegründet sind: Verleumdung, Beschimpfung der Sozialdemokratie nach dem bekannten Grundsatz, daß der Zweck die Mittel heiligt!

* Doktor Gienbart. Das Polizeivordium erläßt folgende Warnung vor einem Schwärzer: Der kühnlich den Professortitel führende, angeblich tüchtige Handels- und Sprachlehrer Franz Johann de Caffres hat vor kurzem in Danzig unter dem Namen „Sanator Veni“ sich ein Spezialmittel für die gängliche Heilung aller chronischen Krankheiten, auch der sogenannten unheilbaren, ohne Operation, mit der Erfolgskur für die Heilung der chronischen Krankheiten erachtet. Das in großem Stil genutzte Unternehmen wolle sich in der Hauptstadt in der Weise, daß verlässliche Fortschritt, in welchen die Heilung als möglich neu und unerschöpflich bei allen Krankheiten (welche in der Welt bekannt sind) bewirkt sind, in großer Anzahl bewirkt werden. Deswegen, welche Verneinung angenommen, wurden nach einem einseitigen Formular bezogene Anfragen paginiert, nach deren Beantwortung lebende die Heilungsmittel bezogen und in Paris bezogene Heilmittel erhalten. Im Grund dieser Tatsachen ist gegen de Caffres die Anklage erhoben worden. Er besitzt kein Recht irgend welche Heilung zu betreiben. Es hat sich herausgestellt, daß er nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland vielfach wegen Betruges, Betrug und anderer Verbrechen verurteilt ist. Durch ihn Geschädigte werden angehalten, sich schriftlich an das Polizeivordium, Zimmer 48, zu wenden.

* Der Reaktionärschwärzer. Vor etwa 14 Tagen lernte ein Kontorist eines Mannes kennen, der sich als Richter und Richter eines Kriminalgerichts in Ring ausgab und dem Kontoristen versprochen, ihm in demselben Geschäft eine Stellung als Richter zu verschaffen. Am 1. d. M. freute er den Kontoristen an, mit ihm auf den Weg zu gehen. Der Richter sah ihn an und ging in das Geschäft, angeblich um mit dem Chef fertig zu werden. Er kam bald zurück und erklärte dem Kontoristen, daß er am nächsten Tage austragen könnte; es seien 30 Mark Kontorist zu zahlen, der restliche von dem Gehalt abgezogen werden würde, jedoch kein 50 Mark Anzahlung zu leisten. Er empfing die 50 Mark, die er dem Chef überbringen wollte. Als der Kontorist am nächsten Tage in das Geschäft kam, sagte er die kleine Erklärung machen, daß er durch einen Betrüger geirrt worden war. Der Fremde hatte sich für ein Betrüger genannt, war 20 Jahre alt, hatte eine höhere Schulung und war mit einem Zehnjährigen, diesem, schwärzen und anderen Schandthaten befallen.

* Aus dem Bäderbezirk. Am 5. d. Mts., Morgens 6 1/2 Uhr, wurde bei der Reifeprüfung der Bäder ein etwa 40 Jahre alter Mann aus der Ober gegend. Der Gefährte hat blaues Haar, blaues Schenkelhaar und ist mit braunen Jacketts, schmalen Schuhen und hohen Schuhen befallen. — An demselben Tage wurde bei der Reifeprüfung der Bäder ein etwa 60 Jahre alter Mann geirrt, nachdem am Abend zuvor in der Nähe am Meer ein großes Jagd, ein schwarzes Pferd mit einer weißen Markierung auf dem Rücken, ein schwarzes Pferd, ein weißes Pferd und ein weißes Pferd geirrt worden waren. Der Mann war mit roten, gelben und schwarzen Hosen befallen. Die Pferde wurden in die Klauen gefahren.

* Ueberfahren. Ein unbekannter, etwa 50 Jahre alter Mann wurde am 5. d. Mts., Nachmittag, auf der Eisenbahn durch eine Dampflok angefahren, jedoch er blutverletzt und lebensgefährlich verletzt. Der Mann wurde auf der Eisenbahn gefahren. — Am 5. d. Mts., Nachmittag, erkrankte in der Wohnung eines Arbeiters ein etwa 10 Jahre alter Mann, der ein etwa 10 Jahre alter Mann mit einem weißen Gesicht hatte. Der Mann wurde am nächsten Morgen in der Wohnung des Mannes befallen. — Am 5. d. Mts., Nachmittag, wurde ein etwa 10 Jahre alter Mann in der Wohnung des Mannes befallen. — Am 5. d. Mts., Nachmittag, wurde ein etwa 10 Jahre alter Mann in der Wohnung des Mannes befallen.

Cohn bedienten Mädchen hatten auf kurze Zeit die Wohnung verlassen, hatten aber verkannt, die Fenster der im Nachbarraum gelegenen Wohnung zu schließen. Dies benutzte der Einbrecher, indem er zum Fenster des Mädchenzimmers hineinstieg. Dort lag er der Schloßkammer ein Portemonnaie mit Inhalt; die Kasse hatte ihr Geld in einer Kommode verwahrt, welche nicht erbrochen worden ist. Danach begab sich der Dieb in die herrschaftlichen Zimmer und erbrach den Schreibrüch. Bei der Durchsicht muß er durch das Kommen der Mädchen gestört worden sein, denn ein kostbares Armband ist liegen geblieben. Bei dem Erscheinen der Mädchen floh der Einbrecher durch ein Fenster des Balkonzimmers ins Freie. Wie viel gestohlen ist, konnte noch nicht ermittelt werden.

Gestohlen wurden eine Arbeiterfrau auf dem Neumarkt ein schwarzes Portemonnaie mit 9 Mark aus der Schürzentasche, einem Arbeiter in einer Badeanstalt ein Portemonnaie mit 1,95 Mk. Aus Grundstücken auf der Sonnenstraße und Augustastrasse wurden Kopflilien gestohlen, die nebst anderen Betten zum Sonnen niedergelegt worden waren.

Bestenommen wurde ein Arbeiter, der auf dem Dominium Steine anderen Arbeitern Geld, Werkzeuge und Kleidungsstücke gestohlen hatte.

Polizeiliche Melbungen. In das Polizeigefängnis wurden am 5. d. Mts. 36 Personen eingeliefert. — Gefunde wurden: ein Dienstoff, ein Palet Pfingstfeste, ein Damenhemd, ein Handtäschchen, ein goldenes Armband, ein goldener Trauring und ein Schlüsselbund. — Zugelassen ist ein brauner Jagdhund. — Abhandeln kamen: eine goldene Damembrie mit langer Kette, ein Täschchen mit Karten auf den Namen Heble, eine Perle, eine Kravattenadel mit echten Steinen, ein goldenes Vincenz, ein grauer Sommerbergier und mehrere Portemonnaies mit Inhalt, zum Teil in bedeutender Höhe.

Achtung Holzarbeiter! Donnerstag, den 8. September 1904, abends punkt 8 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses Margarethenstraße 17 1529

Mitglieder-Versammlung Tages-Ordnung: 1. Die Einführung sämtlicher Möbeltarife. Referent: Alfred Peickert. 2. Stellungnahme zum Streik der Tischler von Linke. 3. Diskussion u. Beschlußfassung. Frauen sind eingeladen. Eintritt frei.

Sonnabend, den 24. September **Herbst-Kränzchen** findet das des Holzarbeiter-Verbandes im großen Saale des Gewerkschaftshauses statt. Der Gesangverein der Holzarbeiter, Liedertafel „Treu“, wird dieses Fest verschönern helfen. Eintrittskarten sind Freitag und Sonnabend abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 1, bei Feststatterer Blau zu haben. NB. Mittwoch: **Vorstands-Sitzung.**

Hopf & Görcke Brauerei-Ausfuhk Gräbshen. Jeden Sonntag, jeden Mittwoch: **Grosses Abonnements-Konzert** Abonnementskarten: 1901 1 Pers. 1,50, 1 Familie b. 5 Pers. 3,-. Entree 10 Pf. Anfang 4 Uhr.

Achtung!

S. Beyer's

Spezial-Lampen-Geschäft.

Empfehle zur beginnenden Saison mein reichhaltiges Lager von:

Bronzelaternen	von 15,00 Mk. an
Hängelampen mit Zug	4,00 - -
Tischlampen	1,30 - -
Tüchellampen	0,80 - -

Sämtliche Zubehörteile, als: Zylinder, Glöcken, Pochte aller Arten und Systeme.

Neu! Saluatorbrenner auf jede gebräuchte Tisch- od. Hängelampe passend per Stück 1,75 Mk.

mit Glöckenrand 2,25 - -

Reparaturen und Umarbeitungen von gebrauchten Lampen schnellstens und billigst.

Außerdem empfehle mein großes Lager von Geburtstags-, Hochzeits- und sonstigen Gelegenheitsgeschenken.

Trotz der **ausnehmend billigen Preise** gewähre ohne Ausnahme allen denjenigen Kunden, die sich auf diese Annonce berufen,

5% extra Rabatt.

S. Beyer,
Erstes Geschäft: Ring Nr. 55, Rajschmarktseite
Zweites Geschäft: Tschirnstraße Nr. 1.

Möbel

auf

Abzahlung

erhält jeder in Breslaus größtem

Kredithaus

von 1539

M. Grau techn. nur Albrechtsstr. 3, I. 1. Viertel vom Ringe.

Kleinste Anzahlung, bequemste Abzahl.